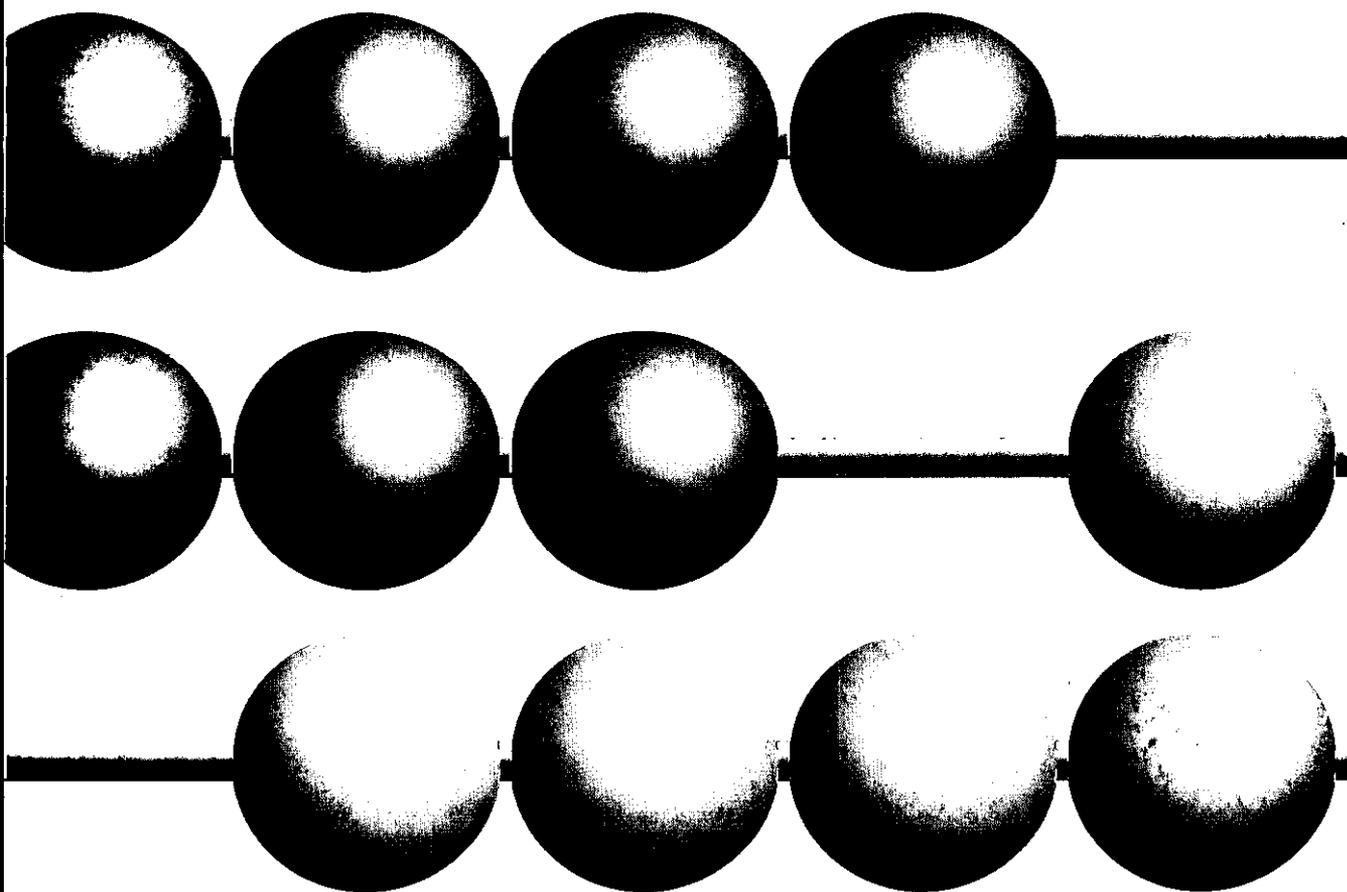


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

46. Jahrgang, Heft 5
Mai 1994

Betriebliche Altersversorgung
Landeshaushalt 1994

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Impressum

Herausgeber:

Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein

Postfach 1141

24100 Kiel

Telefon (0431) 6895-0

Telefax (0431) 6895 498

Btx * 444 50 #

Schriftleitung:

Bernd Struck
App. 286

Vertrieb:

App. 280

Druck:

Hugo Hamann, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 4,-

Jahresbezug DM 40,-

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

46. Jahrgang

•

Heft 5

•

Mai 1994

INHALT

Kurz gefaßt 74

Aufsatz

Arbeitnehmer mit betrieblicher Altersversorgung 1990 77

Grafik

Landeshaushalt 1994 82

Aus unserem Archiv 90

Entwicklung im Bild 91

Beilage

Zahlenbeilage

Bevölkerung wird weiter zunehmen

Die schleswig-holsteinische Bevölkerung wird über die Jahrtausendwende hinaus stetig zunehmen. Dieses ergibt sich aus der 8. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, deren Ergebnisse jetzt vorliegen.

Entgegen den Erwartungen früherer Vorausberechnungen, die Bevölkerung werde etwa in den Jahren 1996/1997 einen Höchststand erreichen und danach zurückgehen, ergibt die mittlere Variante der neuen Berechnung eine andauernde Zunahme der Bevölkerung bis zu einem Maximum im Jahre 2006. Im Zeitraum 1993 bis 2006 wird die Bevölkerung von 2,679 Mill. um 159 000 (5,9 %) auf 2,838 Mill. Personen steigen und danach bis Ende 2010 auf 2,830 Mill. Personen leicht zurückgehen.

Die voraussichtliche Veränderung der Bevölkerung bis Ende des Jahres 2010 beruht auf einem erwarteten Wanderungsgewinn von insgesamt 276 000 Personen, darunter 25 000 Personen aus den neuen Bundesländern, 71 000 Personen aus der Freien und Hansestadt Hamburg sowie 52 000 Deutschen und 115 000 Ausländern aus den Wanderungen über die Bundesgrenze (jeweils Salden).

Im gleichen Zeitraum werden 125 000 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner mehr sterben als geboren, wobei der Sterbeüberschuß im Vorausrechnungszeitraum von Jahr zu Jahr zunehmen wird, weil die Zahl der Geborenen anhaltend zurückgeht. Insgesamt sind von 1993 bis 2010 454 000 Lebendgeborene zu erwarten, denen voraussichtlich 580 000 Gestorbene entgegenstehen.

Geringerer Anstieg der kommunalen Ausgaben 1993

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden, Kreise und Ämter erzielten im Jahre 1993 Einnahmen in Höhe von 12,9 Mrd. DM und damit 1 012 Mill. DM oder 8,5 % mehr als im Vorjahr. Die Ausgaben erhöhten sich um 670 Mill. DM (+ 5,6 %) auf insgesamt 12,6 Mrd. DM. Die Einnahmen überstiegen die gesamten Ausgaben um 240 Mill. DM.

Gewichtige Einnahmezunächse waren bei den Benutzungsgebühren (+ 133 Mill. DM oder 10,6 %) sowie allgemeinen Umlagen (+ 108 Mill. DM oder 12,5 %) festzustellen. Trotz eines Rückgangs der Gewerbesteuer (- 4,3 %) verbesserten sich die Steuereinnahmen insgesamt um 54 Mill. DM (+ 1,7 %), weil u. a. der den Gemeinden im Rahmen der Gemeindefinanzreform zustehende Anteil an der Einkommensteuer um 85 Mill. DM (+ 5,4 %) höher aus-

fiel. Allerdings haben die Gemeinden und Gemeindeverbände in diesem Jahr auch verstärkt Kreditaufnahmen nachgewiesen, nämlich 219 Mill. DM oder 43,3 % mehr als im vorherigen Jahr.

Auf der Ausgabenseite waren beim laufenden Sachaufwand (+ 112 Mill. DM oder 7,2 %) und den allgemeinen Zuweisungen sowie Umlagen an den kommunalen Bereich (+ 100 Mill. DM oder 11,6 %) die höchsten Steigerungen zu verzeichnen. Als Folge der gesunkenen Gewerbesteuereinnahmen verringerte sich auch die von den Gemeinden an das Land abzuführende Gewerbesteuerumlage um mehr als vier Zehntel (- 91 Mill. DM).

Die Personalausgaben, deren Anteil ein Fünftel aller Ausgaben ausmacht, wiesen ein um 58 Mill. DM (+ 2,3 %) höheres Ergebnis aus. Für Leistungen der Sozialhilfe u. ä. mußten 70 Mill. DM (+ 4,5 %) mehr aufgewendet werden als im Jahr zuvor. Während die Ausgaben für Baumaßnahmen um lediglich 9 Mill. DM (+ 0,7 %) anstiegen, verminderten sich die Ausgaben für den Vermögenserwerb (Erwerb von Grundstücken, Gebäuden usw.) gegenüber 1992 um 21 Mill. DM (- 6,0 %).

Wohnungsbestand erhöht

Ende 1993 gab es in Schleswig-Holstein mehr als 622 500 Wohngebäude mit zusammen knapp 1,16 Mill. Wohnungen. Einschließlich der 28 000 Wohnungen in Nichtwohngebäuden ergibt sich ein Gesamtbestand von 1,19 Mill. Wohnungen, das sind rund 15 000 Wohnungen oder 1,3 % mehr als Ende 1992.

Der Bestand an Wohngebäuden setzte sich aus 466 000 Einfamilien-, 80 000 Zweifamilien- und 77 000 Mehrfamilienhäusern zusammen. In den Mehrfamilienhäusern befanden sich rund 531 000 Wohnungen.

Baugenehmigungen ziehen weiter an

In den ersten beiden Monaten des Jahres 1994 ist in Schleswig-Holstein die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um mehr als ein Viertel auf knapp 3 300 gestiegen. Von diesen genehmigten Wohnungen sind fast 1 500 in neuen Mehrfamilienhäusern geplant, das sind 22 % mehr als 1993. Mit dem Bau von genehmigten Eigenheimen sollen über 1 300 Wohnungen (+ 32 %) und im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden über 400 Wohnungen (+ 41 %) entstehen. Weitere 40 Wohnungen sind in genehmigten Nichtwohngebäuden geplant.

1992 starke Investitionstätigkeit im Bauhauptgewerbe

Die Unternehmen des Bauhauptgewerbes Schleswig-Holsteins investierten im Geschäftsjahr 1992 195 Mill. DM und damit 16 % mehr als im Jahr davor. 165 Mill. DM (+ 13 %) der investierten Mittel wurden für Ausrüstungen und Maschinen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen und 30 Mill. DM (+ 39 %) für Grundstücke und Bauten aufgewendet. Die Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen erreichten 1992 einen Wert von 106 Mill. DM, damit übertrafen die Unternehmen ihr Vorjahresergebnis um 27 %.

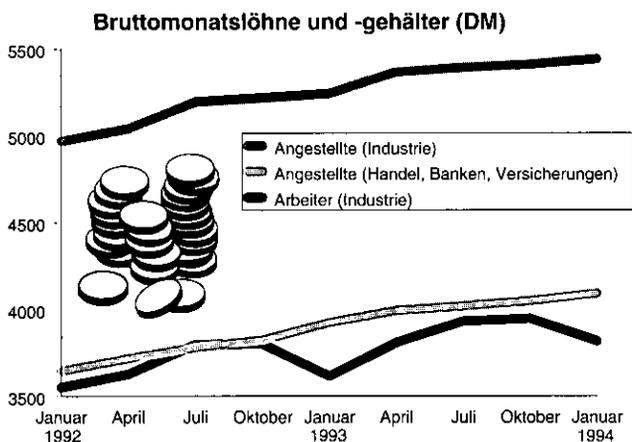
Steigende Verdienste bei Arbeitern und Angestellten

Der durchschnittliche Bruttomonatslohn von Arbeiterinnen und Arbeitern in der schleswig-holsteinischen Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk) lag im Januar 1994 um 5,6 % höher als vor einem Jahr und belief sich auf 3 817 DM.

Frauen erzielten einen Durchschnittslohn von 2 925 DM, das sind 73 % des Verdienstes ihrer männlichen Kollegen.

Angestellte in der Industrie verzeichneten mit einem Zuwachs von 3,8 % eine etwas niedrigere Steigerungsrate, bei einem durchschnittlichen Bruttomonatsgehalt von 5 442 DM (Frauen 4 074, Männer 5 995 DM) allerdings auf deutlich höherem Niveau.

In den Wirtschaftsbereichen Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe erhöhten sich die Bruttomonatsgehälter im Vorjahresvergleich um 4,3 % auf 4 093 DM. Weibliche Angestellte bezogen dabei rund 71 % des Durchschnittsgehalts ihrer männlichen Kollegen, das 4 767 DM betrug.



269402 Stat.LA S-H

Mehr Körperschaftsteuerpflichtige, aber weniger Steuern

In Schleswig-Holstein waren 1989 etwa 12 500 Unternehmen und Institutionen körperschaftsteuerpflichtig. Das sind 16 % mehr als 1986. In etwas mehr als jedem zweiten Fall wurde ein unbeschränkt Steuerpflichtiger mit Einkommen veranlagt. Der dabei ermittelte Gesamtbetrag der Einkünfte stieg gegenüber 1986 nur um 2,6 % auf 1 543 Mill. DM.

Durch – im Vergleich zu 1986 – höhere Verlustzuweisungen und Anrechnungen ist die negativ festgesetzte Körperschaftsteuer erheblich gestiegen, so daß letztlich das Körperschaftsteueraufkommen mit 624 Mill. DM um 7,2 % geringer ausfiel.

Diese Statistik wird nur alle drei Jahre durchgeführt. Ihre Ergebnisse liegen spät vor, weil auch das Veranlagungsverfahren langwierig ist.

Starke Auswinterungsschäden

Der Wachstumsstand der Winterfeldfrüchte (Winteraps, Wintergetreide) wird von den ehrenamtlichen Ernteberichterstatern des Statistischen Landesamtes erheblich schlechter beurteilt als im Vorjahr. Im Vergleich zum Frühjahr 1993 lag die Vegetationsentwicklung der Bestände zum Beurteilungszeitpunkt Mitte April um zwei Wochen zurück. Kalte und niederschlagsreiche Witterung beeinträchtigten die Bestellung und den Aufwuchs im Herbst. Kahlfröste im Februar und vor allem anhaltende Übernässung und Verschlammung der Böden führten zu starken Auswinterungsschäden. Rapsbestände auf vorherigen Stilllegungsflächen wurden außerdem von Acker- und Schnecken befallen. Gut ein Zehntel der Flächen mit Raps mußten umgebrochen werden. Die Frühjahrsbestellung konnte nur schleppend und verspätet durchgeführt werden.

Schweinebestand im April 1994

Nach vorläufiger Ermittlung wurden in Schleswig-Holstein am 3. April 1994 1,37 Mill. Schweine gehalten. Damit verringerte sich der Schweinebestand gegenüber dem Vorjahr um 2 %.

Der Sauenbestand nahm ebenfalls um 2 % ab, wobei die Zahl der Jungsaunen nahezu konstant blieb.

Mit 307 000 Tieren verringerte sich die Zahl der Jungschweine unter 50 kg deutlich (- 6 %).

Der Bestand an Mastschweinen blieb unverändert. Während sich die Zahl der schweren Mastschweine ab 110 kg (rd. 15 000 Tiere) gegenüber dem Vorjahr

verdoppelte, ging die Zahl der Mastschweine mit geringerem Gewicht zurück.

Milcherzeugung gestiegen

In den landwirtschaftlichen Betrieben Schleswig-Holsteins wurden im März 1994 209 000 t Milch erzeugt. Das waren nahezu 6 % mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Von der erzeugten Milch wurden 95 % an die Meiereien geliefert und 10 000 t verfüttert, direkt im Haushalt verbraucht oder ab Hof verkauft.

Im ersten Quartal dieses Jahres wurde die höchste Milchmenge (575 000 t) seit Kürzung der Milchquote vor sieben Jahren erzeugt.

Mehr Straßenverkehrsunfälle: Unfallträchtiger März

Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Landesamtes registrierte die Polizei des Landes im März 1994 6 636 Straßenverkehrsunfälle, das waren fast ein Viertel mehr Unfälle als im März 1993.

Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden (1 104) stieg um 5 %, die der Unfälle mit reinem Sachschaden um 29 % auf 5 532.

Es gab 7 % mehr Verletzte als im Vorjahresmonat – insgesamt 1 448. 25 Personen verunglückten tödlich, 5 mehr als im März 1993.

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe um ein Fünftel höher

Mit 163 000 Personen arbeiteten im März 1994 in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein knapp 6 % oder rund 10 200 Beschäftigte weniger als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Allein im Verlauf des ersten Quartals 1994 gingen per Saldo 3 600 Arbeitsplätze verloren.

Infolge einer Steigerung im Binnengeschäft um 3,3 % erhöhten sich die Erlöse aus Lieferungen und Leistungen gegenüber März 1993 um insgesamt 2,3 %. Dagegen gingen die Auslandsumsätze um 1,2 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert zurück. Überdurchschnittliche Zuwachsraten bei den Umsätzen erzielten das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und die Nahrungs- und Genussmittelbranche.

Die Auftragseingänge legten mit zusammen 21,7 % im Vergleich zum Vorjahresresultat kräftig zu. Dabei erhöhten sich die Aufträge aus dem Inland um 15,6 % und die aus dem Ausland sogar um 38,3 %.

Ausschlaggebend für das erfreuliche Ergebnis war die starke Nachfrage nach Investitionsgütern, die gegenüber dem Vorjahr fast um die Hälfte zunahm.

Stärkerer Anstieg der Schulden des Landes und der Kommunen 1993

Am 31.12.1993 beliefen sich die Schulden des Landes Schleswig-Holstein auf 23,9 Mrd. DM und überstiegen damit das Ergebnis des Vorjahres um 1,8 Mrd. DM oder 8,1 %. Damit entfielen Ende 1993 auf jeden Einwohner des Landes 8 890 DM Schulden.

Die Gemeinden, Kreise und Ämter waren zum gleichen Stichtag mit 4,5 Mrd. DM verschuldet, das sind 310 Mrd. DM oder 7,4 % mehr als im Jahre 1992. Pro Kopf erhöhten sich die kommunalen Schulden 1993 um 101 DM auf 1 674 DM.

Damit hat sich die Verschuldung der öffentlichen Haushalte beschleunigt. Für den Landeshaushalt hatten die Steigerungsraten 1991 4,3 % und 1992 5,2 % betragen. In den kommunalen Haushalten waren die Schulden 1991 um 6,9 % und 1992 um 4,1 % gestiegen.

Einzelhandelsumsätze leicht unter Vorjahresstand

Der Einzelhandel in Schleswig-Holstein setzte im Februar 1994 nominal 1,5 % weniger um als im Februar 1993. Schließt man die Preisentwicklung aus, verringerte sich der Umsatz real um 2,3 %.

Die Händler erzielten in den ersten beiden Monaten des Jahres 1994 einen Umsatzzuwachs von 1,2 %. Preisbereinigt entsprachen die Umsätze etwa dem Vorjahresstand.

Die Zahl der Beschäftigten lag im Februar 1994 geringfügig unter dem Stand vom Februar 1993.

Fremdenverkehr im Februar

Im Februar 1994 kamen 157 000 Übernachtungsgäste in den größeren Beherbergungsstätten des Landes mit über 8 Betten an, das waren 4,9 % weniger Gäste als noch im Februar 1993. Auch die Zahl der Übernachtungen nahm geringfügig auf 661 000 ab.

Das Übernachtungsaufkommen – seit Jahresbeginn gerechnet – war 0,6 % höher als im entsprechenden Vergleichszeitraum des Jahres 1993, die Zahl der Gäste verringerte sich um 2,8 %.

Arbeitnehmer mit betrieblicher Altersversorgung 1990

Altersvorsorgeformen und ihre steuer-, sozial- und arbeitsrechtlichen Regelungen

In der Diskussion über die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung rücken zusätzliche Formen der Altersvorsorge zunehmend ins Blickfeld des öffentlichen Interesses. Aber es ist sicherlich noch erforderlich, zunächst einige allgemeine Bemerkungen zu Wesen und Ausprägungsformen der betrieblichen Altersversorgung und auch über die Erhebungsmethodik voranzustellen, wenn wie in diesem Aufsatz statistische Befunde dargelegt werden. Die Ergebnisse für Schleswig-Holstein, die dann geschildert werden, können aus Gründen, auf die noch einzugehen ist, lediglich Eckdaten sein.

Gut abgesichert im Alter ist sicherlich, wer neben den gesetzlichen Rentenansprüchen ein eigenes Haus, Versicherungspolice und Aktien besitzt. Neben den von Lebensversicherern angebotenen Vorsorgeformen und dem eigenen Geld- und Sachvermögen stellt darüber hinaus die betriebliche Altersversorgung (BAV) der Arbeitnehmer eine Ergänzung der gesetzlichen Sozialversicherung dar. Beide zuletzt genannten Altersvorsorgeformen unterscheiden sich in ihrer Konzeption. Die gesetzliche Rentenversicherung – als Generationenvertrag – beruht auf dem Umlageverfahren, bei dem die Beiträge der Aktiven unmittelbar zur Rentenzahlung verwendet werden; sie kommt im Prinzip ohne Kapitalstock aus, stellt also auch keinen Sparvorgang dar. Demgegenüber erfolgt die betriebliche Altersversorgung überwiegend im Kapitaldeckungsverfahren. Die Beiträge werden hier zunächst in einem Kapitalstock verzinslich angesammelt und erst bei Aufnahme der Rentenzahlungen mit den angefallenen Zinsen zeitverzögert ausbezahlt. Dieses Kapital fällt in Form eines Deckungsstocks bei Versicherungen und Pensionskassen oder gebunden im Anlagevermögen der Unternehmen an. Die Beiträge für die betriebliche Altersversorgung stellen damit volkswirtschaftlich Ersparnisse dar.

Für die technische Ausgestaltung der betrieblichen Altersversorgung gibt es eine Reihe von Alternativen. Neben den unmittelbaren Zusagen und Betriebsrenten durch das Unternehmen, auch Direktzusage genannt, kann die betriebliche Altersversorgung über Pensions- und Unterstützungskassen oder selbständige Versicherungen, auch Direktversicherung genannt, erfolgen. Diese Alternativen stehen dem Arbeitnehmer unabhängig vom Unternehmen grundsätzlich offen.

Die Entscheidung über Umfang und Formen ist jedoch stark von staatlichen Einflüssen geprägt, die auf drei Regelkreise zurückführbar sind:

- das Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung von 1974,
- das Versicherungsaufsichtsgesetz, dem einige der Vorsorgeformen unterliegen,
- Regelungen des Steuerrechts und der Sozialversicherung.

Die BAV wurde 1974 durch das Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung grundsätzlich geregelt. Im öffentlichen Dienst kommen alle Arbeiter und Angestellten unter bestimmten Voraussetzungen in den Genuß einer zusätzlichen Altersversorgung. In der Privatwirtschaft hängt jedoch diese Zusatzversorgung im Regelfall von der freiwilligen Entscheidung des einzelnen Unternehmens ab. Nur in einigen Bereichen (Teile des Baugewerbes, Steine und Erden, Bäckereien und Pressewesen) wird die BAV durch überbetriebliche Tarifverträge geregelt.

Innerhalb eines Unternehmens, das eine BAV eingeführt hat, kann entweder die gesamte Belegschaft oder nur ein mehr oder weniger großer Teil in die BAV einbezogen sein. Versorgungszusagen können auf unterschiedliche Weise zustande kommen: Es kann ein Einzelvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschlossen werden, es kann eine ausdrückliche vertragliche Einheitsregelung für das Unternehmen, eine sogenannte Gesamtzusage, bestehen, es können tarifvertragliche Regelungen entweder in Form einer Betriebsvereinbarung oder in einem überbetrieblichen Tarifvertrag existieren, und schließlich kann die Versorgungszusage aus dem Grundsatz der Gleichbehandlung abgeleitet werden. Nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung kann kein Arbeitnehmer von der BAV ausgeschlossen werden, wenn vergleichbare Arbeitnehmer einbezogen werden. Gleichwohl kann der Arbeitgeber nach einzelnen Beschäftigtengruppen (z. B. nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit oder zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten) unterscheiden, wenn eine abweichende Behandlung sachlich gerechtfertigt ist.

Weitere Detailausführungen zu diesem sehr komplexen Thema würden diesen Aufsatz sprengen, deshalb sollen hier nur die wichtigsten Auswirkungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes, des Steuer- und Sozialrechts angedeutet werden. Eine schematische Zusammenfassung und die Definitionen der Altersvorsorgeformen ergibt die Übersicht.

Behandlung der betrieblichen Altersversorgung in der Einkommensbesteuerung und in der Sozialversicherungspflicht nach Versorgungsformen

		Individuelle Altersversorgung	Direktversicherung	Pensionskasse	Unterstützungskasse	Direktzusage
Behandlung beim Arbeitnehmer	Beiträge	sozialversicherungspflichtig		nicht sozialversicherungspflichtig		
		steuerpflichtig	steuerpflichtig nach § 19 Abs. 1 EStG, jedoch Pauschalbesteuerung durch Arbeitgeber nach § 40b EStG möglich		nicht steuerpflichtig	
	Leistungen	steuerfrei	Ertragsanteilsbesteuerung nach § 22 EStG		Steuerpflicht nach § 19 Abs. 1 EStG (Versorgungsbezüge mit Freibeträgen)	
		nicht sozialversicherungspflichtig			z. T. krankenversicherungspflichtig	
Behandlung der Beiträge beim Arbeitgeber		Lohnaufwand	unbeschränkt abzugsfähig nach § 4b EStG	unbeschränkt abzugsfähig nach § 4c EStG	beschränkt abzugsfähig nach § 4d EStG	unbeschränkt abzugsfähig nach § 6a EStG

INDIVIDUELLE ALTERSVERSORGUNG (Bankguthaben, Wertpapiere, Immobilien)

Eine DIREKTVERSICHERUNG im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung liegt vor, wenn der Arbeitgeber das Leben des Arbeitnehmers versichert und dieser oder seine Hinterbliebenen ganz oder teilweise bezugsberechtigt sind. Die Versicherungsbeiträge können vom Arbeitgeber oder vom Arbeitnehmer gezahlt werden. Zur Zeit können je Arbeitnehmer bis zu 3 000 DM im Jahr pauschal mit 15 % Einkommensteuer belegt werden, wobei je nach Vertrag die Steuer vom Arbeitgeber oder vom Arbeitnehmer getragen wird. Diese Pauschalversteuerung sowie eventuelle Gruppenrabatte machen eine Direktversicherung auch im Rahmen einer Gehaltsumwandlung für den Arbeitnehmer attraktiv.

Die PENSIONSKASSE ist eine rechtsfähige Versorgungseinrichtung, die die betriebliche Altersversorgung durchführt. Sie gewährt dem Arbeitnehmer oder seinen Hinterbliebenen einen Rechtsanspruch auf ihre Leistungen und untersteht der Versicherungsaufsicht. Eine Pensionskasse besteht meist in der Rechtsform eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG) und wird von einem oder mehreren Trägerunternehmen finanziert. Neben der Finanzierung durch den Arbeitgeber sind auch Arbeitnehmerbeiträge aus einer Gehaltsumwandlung zulässig.

Die UNTERSTÜTZUNGSKASSE ist eine rechtlich selbständige Versorgungseinrichtung, die für mindestens ein Trägerunternehmen die betriebliche Altersversorgung durchführt. Sie erbringt die dem Arbeitnehmer oder seinen Hinterbliebenen ab Eintritt des Versorgungsfalls vom Trägerunternehmen versprochene Leistung. Die Unterstützungskasse ist eine rechtsfähige Versorgungseinrichtung, die auf ihre Leistungen keinen Rechtsanspruch gewährt und auch nicht der Versicherungsaufsicht unterliegt. Der Ausschluß des Rechtsanspruchs ist jedoch durch die Rechtsprechung weitgehend unwirksam, so daß die Versorgungszusage ebenso verbindlich ist wie bei der Direktzusage. Unterstützungskassen finanzieren sich weitgehend aus Zuwendungen des oder der Trägerunternehmen sowie aus Vermögenserträgen. Mögliche Rechtsformen sind die des eingetragenen Vereins, einer GmbH oder einer Stiftung.

Bei der DIREKTZUSAGE (auch betriebliche Ruhegeldzusage, unmittelbare Versorgungszusage oder Pensionszusage des Unternehmens genannt) handelt es sich um eine unmittelbare Verpflichtung des Arbeitgebers, im Versorgungsfall die Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung dem Arbeitnehmer oder seinen Hinterbliebenen selbst zu erbringen. Die Finanzierung erfolgt im Regelfall durch den Arbeitgeber, aber auch eine Gehaltsumwandlung ist möglich. Die Leistungen werden finanziert durch Pensionsrückstellungen oder aus dem laufenden Ertrag; seit dem 1. Januar 1987 müssen jedoch für Neuzusagen Rückstellungen gebildet werden (Passivierungspflicht). Arbeitnehmeransprüche sind insolvenzgeschützt.

Bei Direktzusagen muß eine Rückversicherung der Betriebsrenten beim eigens dafür gegründeten Pensionsversicherungsverein vorgenommen werden; im Insolvenzfall übernimmt dieser die unverfallbar zugesagte und auch die bereits laufende Rentenverpflichtung. Bonitätsrisiken spielen daher für den Arbeitnehmer keine Rolle, was die Attraktivität vor allem in mittleren Betrieben steigern dürfte. Die laufenden Versorgungsleistungen sind alle drei Jahre an die veränderte Preisentwicklung anzupassen. Die Inflationsversicherung erhöht die Attraktivität der betroffenen Altersvorsorgeformen für die Arbeitnehmer; die Unternehmen werden durch die höheren Renten finanziell stärker belastet. Das Versicherungsaufsichtsgesetz schreibt umfassende Bedingungsregulierungen vor, denen neben den Lebensversicherungsunternehmen auch die Pensionskassen unterliegen. Sie führen dazu, daß die Versicherungsprämien nicht gerade niedrig sind.

Die einzelnen Formen der Altersvorsorge für den Arbeitnehmer sind mit unterschiedlichen Steuer- und Sozialversicherungspflichten verbunden. Während die Auszahlung des Arbeitsentgelts und bei bestimmten Gestaltungsformen auch die Direktversicherung zur Sozialversicherungspflicht – bis hin zum Abzug von Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungsbeiträgen – führt, sind Leistungszusagen unmittelbar durch das Unternehmen und von Pensionskassen zunächst nicht sozialversicherungspflichtig. Die späteren Pensionsleistungen bei den zunächst unbelasteten Formen unterliegen dagegen der Krankenversicherungspflicht, allerdings nur mit dem halben Beitragssatz.

Von noch größerer Bedeutung als die Sozialversicherungspflicht sind die steuerlichen Regelungen. Die Systematik der Einkommensteuer behandelt die Altersvorsorge nach dem sogen. Korrespondenzprinzip, das verlangt, daß bei der Altersvorsorge jedes Einkommen einmal, und nur einmal besteuert wird. Dabei unterscheidet man ein vorgelagertes und ein nachgelagertes Verfahren.

Beim vorgelagerten Verfahren werden die Aufwendungen für Altersvorsorge aus versteuertem Einkommen geleistet. Die Leistungen sind entsprechend dann steuerfrei; betroffen davon sind die individuelle Altersversorgung, die Direktversicherung und die Wahl einer Pensionskasse. Die nach der Pensionierung anfallenden Kapitalerträge werden nach § 22 Einkommensteuergesetz mit ihrem Ertragsanteil besteuert. Vor der Pensionierung sind sie in der Regel steuerfrei.

Bei nachgelagerten Verfahren werden die Beiträge vom zu versteuernden Einkommen abgezogen, korrespondierend mit einer Steuerpflicht der Renten; dies ist der Fall bei der Direktzusage. Betriebsrenten

sind bei Auszahlung nach § 19 Einkommensteuergesetz als Versorgungsbezüge zu versteuern. Die für die Prämien bei der Direktversicherung und der Pensionskasse bestehende Pauschalierungsmöglichkeit nach § 40 b Einkommensteuergesetz ebnet jedoch die Unterschiede in der Steuerbelastung bei den Formen betrieblicher Altersvorsorge weitgehend ein. Zusammenfassend kann aus der Sicht eines Arbeitnehmers gesagt werden, daß im Vergleich zur individuellen Altersvorsorge (z. B. durch Bankguthaben oder Wertpapiere) erhebliche steuer- und sozialversicherungsrechtliche Anreize zum Abschluß betrieblicher Altersvorsorge bestehen.

Aber auch Arbeitgeber, die ihren wertvollsten Produktionsfaktor Arbeit freiwillig mit einer Altersversorgung zusätzlich entlohnen, handeln keineswegs selbstlos. Bereits Bewerber erkennen in der Versorgungseinrichtung die Leistungskraft einer Firma und die über das Arbeitsleben hinausgehende Fürsorge. Die Sozialleistung fördert das Betriebsklima sowie die Motivation der Mitarbeiter und ihre Identifikation mit dem Unternehmen. Die mit den steigenden Versorgungsansprüchen zunehmende Bindung an den Betrieb bedeutet – besonders bei qualifizierten Arbeitskräften – einen wertvollen Erfolg gegen Fluktuation. Darüber hinaus ist die Ruhegeldzusage vermögens- und gewerbesteuerrechtlich begünstigt. Zum einen sind die Pensionsrückstellungen von der Bemessungsgrundlage der Vermögens- und Gewerbesteuer abziehbar. Zum anderen werden die Finanzierungskosten als abziehbarer Personalaufwand behandelt. Unterstützungskassen und Pensionskassen sind selbständig rechtsfähige Versorgungseinrichtungen, die – unter den Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 Ziff. 3 Körperschaftsteuergesetz – steuerbefreit sind.

Bei der Direktversicherung ist der Versorgungsträger ein Lebensversicherungsunternehmen. Der Arbeitgeber schließt mit dem Versicherer einen Vertrag auf Renten- oder Kapitalleistung zugunsten des bezugsberechtigten Mitarbeiters bzw. dessen Hinterbliebenen ab. Soweit Beitragszahler der Arbeitgeber ist, sind die von ihm geleisteten Beiträge als Betriebsausgaben steuermindernd voll abziehbar.

Zusammenfassend kann aus der Sicht des Unternehmens festgestellt werden, daß die BAV einerseits ein zusätzlicher Kostenfaktor im Personalbereich und andererseits Quelle der Selbstfinanzierung ist.

Nach Ergebnissen der Arbeitskostenerhebung 1988 wandte ein Unternehmen in Schleswig-Holstein ab zehn Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe für die BAV pro Arbeitnehmer 1 490 DM im Jahr auf, wobei dieser Durchschnitt auch Unternehmen ohne entsprechende Aufwendungen einschließt. Das waren immerhin 6,3 % der Personalnebenkosten. Im

Handel, bei Banken und Versicherungen waren die Aufwendungen mit 1 278 DM bzw. 6,0 % der Personalnebenkosten etwas geringer.

Erhebungsbereich und Erhebungsmethode

Auf Bitten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung eine Stichprobenerhebung über Art und Umfang der betrieblichen Altersversorgung 1990/91 im alten Bundesgebiet angeordnet. Die Erhebung – zuletzt 1976 durchgeführt – wurde in Unternehmen mit drei und mehr tätigen Personen in privatrechtlicher Organisationsform durchgeführt. Die Stichprobe wurde aus der Arbeitsstättenzählung 1987, zum Teil auch aus der Kartei des Produzierenden Gewerbes gezogen. Sie erstreckte sich auf die Wirtschaftsbereiche Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sowie Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht. Ausgenommen wurden diejenigen Einrichtungen bzw. Unternehmen, deren betriebliche Altersversorgung in einem Zusatzversorgungssystem des öffentlichen Dienstes besteht.

Die Erhebung zeichnet sich demnach – etwa verglichen mit den Verdienststatistiken – durch ein außergewöhnlich breites Spektrum von Wirtschaftszweigen und eine niedrige untere Abschneidegrenze aus. Abgesehen von den Kleinstunternehmen mit einem oder zwei Beschäftigten umfaßt die Erhebung also die gesamte nichtlandwirtschaftliche Privatwirtschaft. Da die BAV im Rechnungswesen des Unternehmens und nicht des einzelnen Betriebes integriert ist, handelt es sich um eine Unternehmenserhebung. Die Daten der Unternehmen nach ihren Betrieben zu zerlegen ist nicht möglich. Sie werden regional dem Sitz des Unternehmens zugeordnet. Die für Schleswig-Holstein nachgewiesenen Arbeitnehmer können daher im Falle von Mehrländerunternehmen auch in anderen Bundesländern beschäftigt sein, während andererseits schleswig-holsteinische Arbeitnehmer von Unternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern nicht enthalten sind. Die Zahl der Arbeitnehmer kann nicht unmittelbar mit der anderer Statistiken abgeglichen werden.

In der Stichprobe wurden im früheren Bundesgebiet fast 60 000 repräsentativ ausgewählte Unternehmen befragt, unabhängig davon, ob sie eine betriebliche Altersversorgung eingerichtet haben oder nicht. Davon entfielen 2 000 Unternehmen auf Schleswig-Holstein; bedingt durch hohe Antwortausfälle bezie-

hen sich jedoch die hochgerechneten Ergebnisse nur auf Angaben von 1 493 Unternehmen mit 148 568 Arbeitnehmern.

Aus methodischen und erhebungstechnischen Gründen wurde die Erhebung in zwei Phasen durchgeführt. Zum Stichtag 31.12.1990 wurde zur Typisierung der Unternehmen die Zahl der tätigen Personen und Arbeitnehmer nach Geschlecht, Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung sowie nach deren Stellung im Unternehmen erhoben. Ferner wurde gefragt, ob eine betriebliche Altersversorgung überhaupt besteht, dazu nach der Anzahl der Arbeitnehmer mit Versorgungszusagen für die einzelnen Durchführungsformen sowie nach der Anzahl der Personen, die 1990 erstmals Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung empfangen haben.

In der zweiten Phase richtete sich die Erhebung mit speziellen Fragen zur Altersversorgung ausschließlich an diejenigen repräsentativ ausgewählten Unternehmen, die nach Maßgabe des vorgeschalteten ersten Erhebungsteils über eine betriebliche Altersversorgung verfügten. Dieser Beitrag beschränkt sich auf die Ergebnisse der ersten Phase. Der Stichprobenumfang bei kleinen Bundesländern läßt nur einen groben Überblick mit Tendenzaussagen zu. Die dargestellten Tabellen haben deshalb schwerpunktmäßig Verhältniszahlen zum Inhalt.

Nicht einmal jedes dritte schleswig-holsteinische Unternehmen hat eine BAV

Nach den aus dieser Stichprobe mit Faktoren der Arbeitsstättenzählung hochgerechneten Ergebnissen gab es Ende 1990 etwa 29 000 Unternehmen, die ihren Sitz in Schleswig-Holstein hatten, den ausgewählten Wirtschaftsbereichen angehörten und in denen mehr als zwei Personen tätig waren. Diese Zahl soll lediglich eine Größenordnung der Grundgesamtheit vermitteln, über die hier unter speziellem Aspekt berichtet wird. 31 % dieser schleswig-holsteinischen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe mit drei und mehr tätigen Personen haben eine BAV eingerichtet, sie beschäftigten aber 60 % der Arbeitnehmer, von denen jedoch nur jeder zweite (51 %) eine Versorgungszusage besitzt. Im früheren Bundesgebiet haben 32 % der Unternehmen eine BAV eingerichtet.

Der niedrige Anteil von Unternehmen mit einer BAV wird geprägt von der großen Anzahl kleiner Firmen. In der untersten Beschäftigtengrößenklasse hat nur jedes sechste, in der Größenklasse 5 bis 9 Beschäftigte jedes vierte Unternehmen eine BAV. Zu den Unternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern gehören fast zwei Drittel (65 %) aller Unternehmen. In der Größenklasse ab 20 Beschäftigten verfügt schon

Die betriebliche Altersversorgung (BAV) in schleswig-holsteinischen Unternehmen 1990
 – Unternehmen mit drei und mehr tätigen Personen –

Wirtschaftszweig ----- Beschäftigungsgrößenklasse	Unternehmen insgesamt	Darunter mit BAV	Arbeitnehmer insgesamt	Anteil der Arbeitnehmer		
				in Unternehmen mit BAV an Arbeitnehmern insgesamt	mit Versorgungszusage ¹	
					an Arbeit- nehmern in Unternehmen mit BAV	an Arbeit- nehmern insgesamt
	Anzahl	in %	Anzahl	in %		
Produzierendes Gewerbe	10 409	51	275 983	74	60	44
Energie- und Wasservers., Bergbau	13	85	2 887	99	85	84
Verarbeitendes Gewerbe	5 532	37	203 770	71	53	38
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	767	33	26 568	70	59	41
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	2 132	33	98 244	73	55	40
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 401	20	36 307	51	38	19
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1 232	67	42 652	86	55	47
Baugewerbe	4 864	68	69 326	80	77	61
Handel	7 004	24	109 827	49	30	15
dar. Großhandel	1 535	47	31 478	70	33	23
Einzelhandel	5 321	17	77 388	41	28	11
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	1 183	10	16 409	34	40	14
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	413	67	6 263	90	54	49
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	10 071	17	98 322	35	30	10
dar. Gastgewerbe	2 121	14	18 529	22	23	5
Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u. ä.	288	27	15 006	57	7	4
Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung u. ä.	2 129	34	20 464	49	41	20
Dienstleistungsbereich zusammen	18 671	20	230 821	43	32	14
Alle erfaßten Wirtschaftszweige	29 079	31	506 804	60	51	30
Davon Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten						
3 - 4	8 422	16	24 584	16	69	11
5 - 9	10 468	26	63 320	27	52	14
10 - 19	5 842	42	72 149	42	47	20
20 - 49	2 915	52	86 654	54	45	25
50 - 99	746	55	50 561	55	46	26
100 - 199	430	80	58 142	81	58	47
200 - 499	178	83	52 017	83	43	35
500 - 999	47	77	32 346	77	61	47
1 000 - 1 999	19	89	24 732	89	40	36
2 000 und mehr	14	86	42 299	91	63	57

¹ Erteilt oder verbindlich in Aussage gestellt



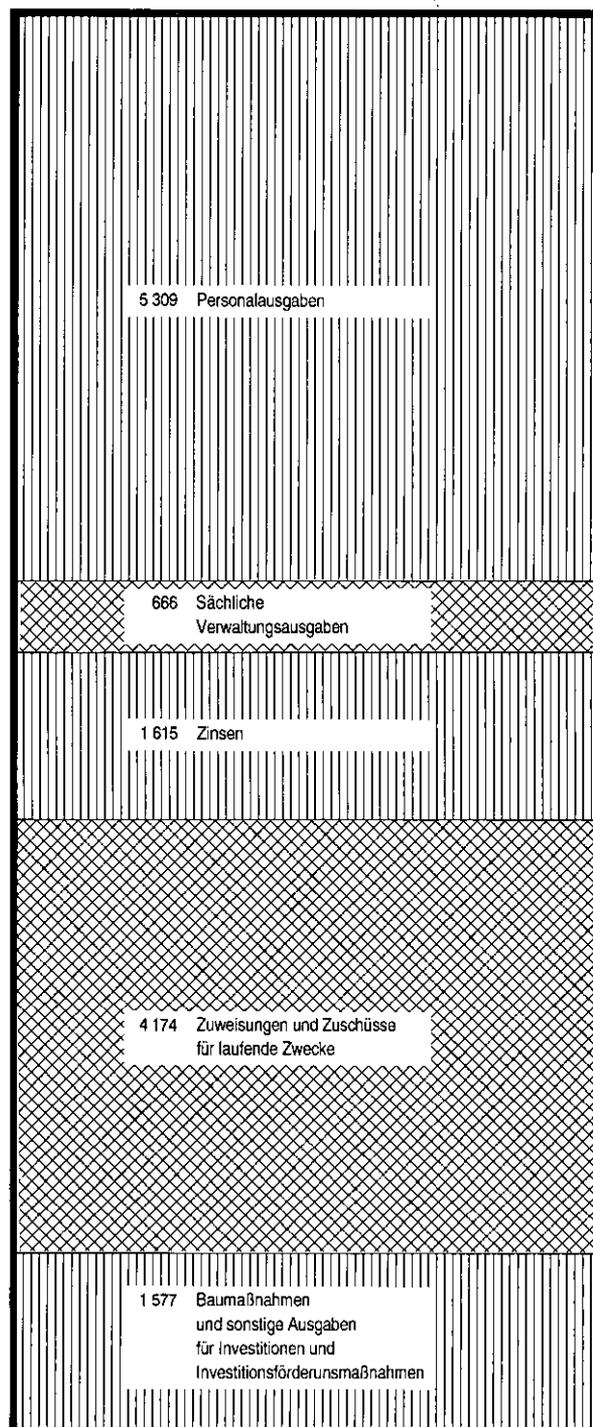
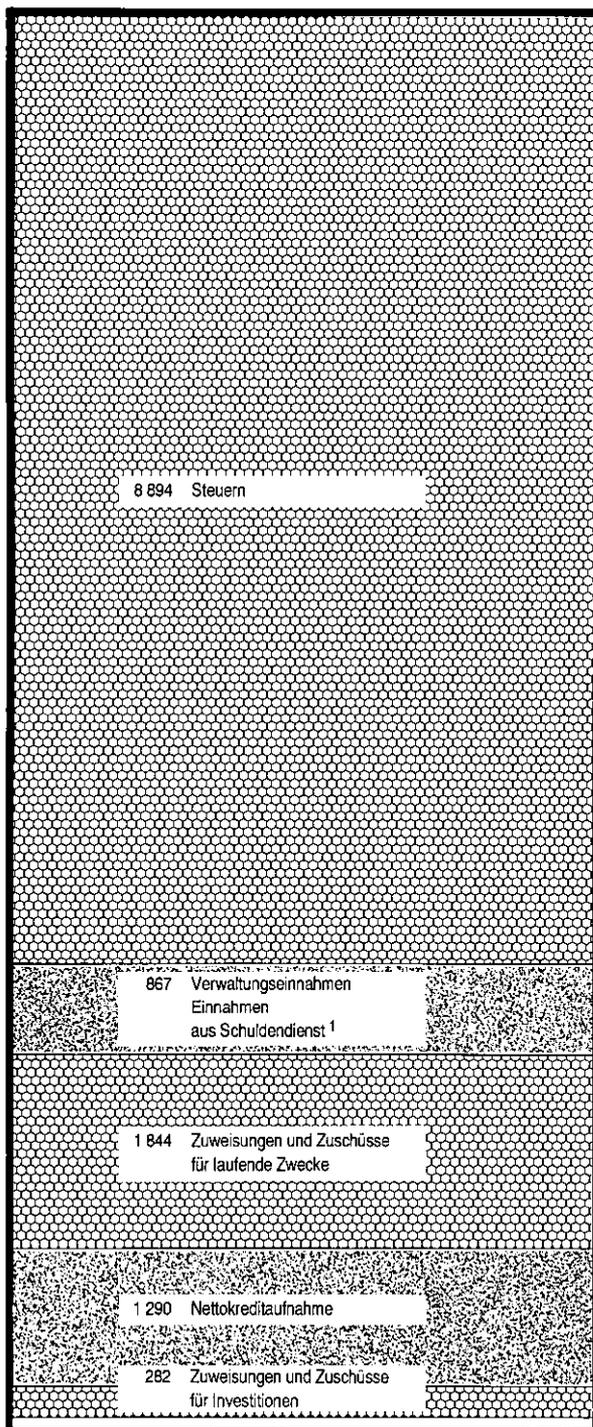
Landeshaushalt 1994

in Millionen DM

13 304

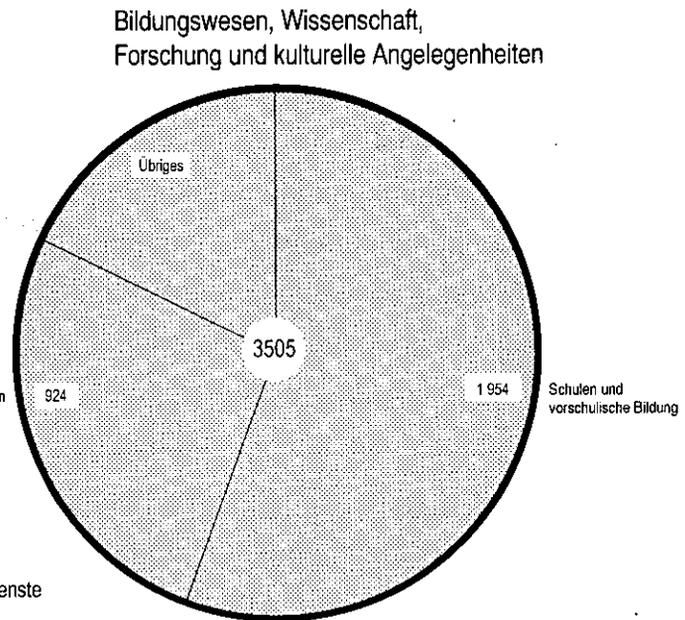
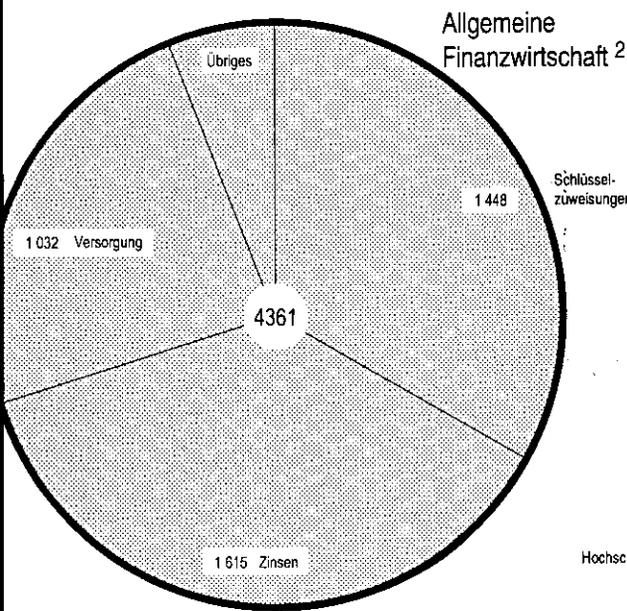
Einnahmen

Ausgaben^{2 3}

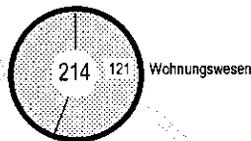
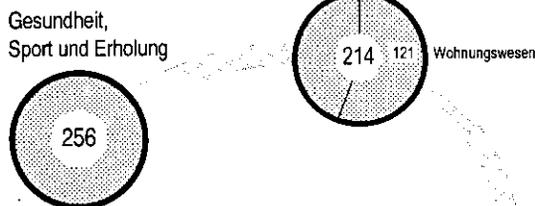


¹ einschl. ste
² ohne Ausg
am Kredit
und Decku
³ einschl. 37

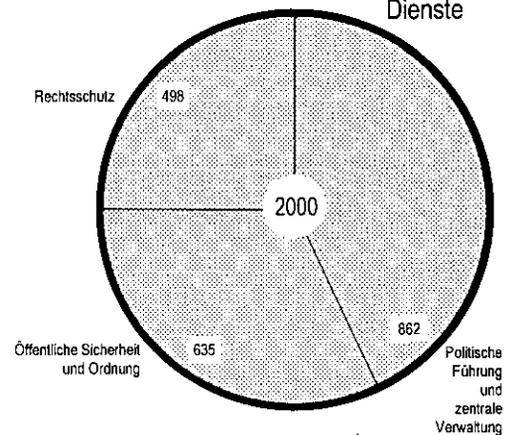
Ausgaben nach dem Aufgabenbereich



Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste



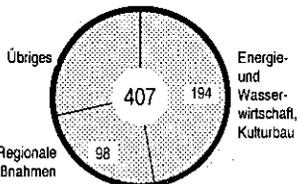
Allgemeine Dienste



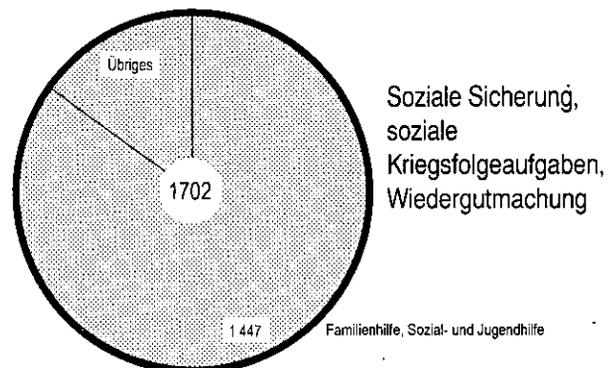
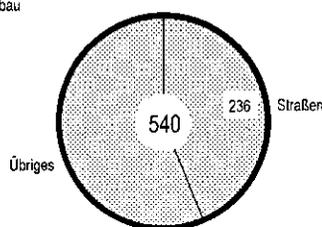
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten



Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen



Verkehrs- und Nachrichtenwesen



219401 Stat.LA S-H

über die Hälfte der Firmen über eine BAV. Die Anteile der nächsthöheren Klasse steigen dann erheblich an. In Großunternehmen mit über 1 000 Beschäftigten ist es fast die Regel, daß den Mitarbeitern neben dem Lohn oder Gehalt auch eine Altersversorgung geboten wird: Fast 90 % dieser Unternehmen verfügen über eine BAV. Die Größe des Unternehmens ist, dies sei hier vorweggenommen, der wesentliche Bestimmungsfaktor dafür, ob den Mitarbeitern eine BAV offensteht oder nicht.

In den einzelnen Wirtschaftszweigen ist die BAV sehr unterschiedlich vertreten. Während im Produzierenden Gewerbe 51 % der Unternehmen über eine derartige Einrichtung verfügen, sind es im Dienstleistungsbereich nur 20 %. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes reicht die Spanne von 20 % im Verbrauchsgütergewerbe bis zu 85 % bei der Energie- und Wasserversorgung. Hohe Anteile erreicht die BAV ebenfalls im Baugewerbe mit 68 % und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 67 %, da hier in größeren Teilbereichen eine BAV durch allgemeinverbindliche Tarifverträge festgeschrieben ist. Im Bauhauptgewerbe sind alle Unternehmen (100 %), im Ausbaugewerbe nur 41 % der Unternehmen an einer BAV beteiligt.

Innerhalb des Dienstleistungssektors ist die Situation noch heterogener. Während bei Unternehmen des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung nur 10 % über eine BAV verfügen, sind es beim Gastgewerbe 14 %, beim Einzelhandel 17 %, bei der Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u. ä. 27 %, bei Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung u. ä. 34 % sowie beim Kredit- und Versicherungsgewerbe 67 %, die sogar 90 % der Arbeitnehmer dieser Branche umfassen. Auch hier spiegelt sich in den Anteilen mittelbar der Einfluß der Unternehmensgröße wider, denn die Branchen unterscheiden sich in ihrer Größenstruktur erheblich.

Wie bereits ausgeführt, sind nur knapp über die Hälfte der Arbeitnehmer in Unternehmen mit einer BAV tatsächlich in die Altersversorgung einbezogen (Spalte 5). Während es im Produzierenden Gewerbe 60 % sind, sind es im gesamten Dienstleistungsbereich nur 32 %. Die Spanne reicht dabei von 85 % in der Energie- und Wasserversorgung bis zu 7 % bei der Gebäudereinigung und Abfallbeseitigung.

Auch bei diesen Relationen der erteilten oder verbindlich in Aussicht gestellten Versorgungszusage läßt sich ein Einfluß der Unternehmensgröße erkennen (Spalte 5). Der vergleichsweise hohe Anteil der Arbeitnehmer mit BAV von 69 % in der untersten Beschäftigtengrößenklasse erklärt sich mit der geringen Arbeitnehmerzahl insgesamt. Der Anteil der Einbezogenen sinkt dann kontinuierlich und steigt erst ab 50 Beschäftigte wieder an.

Im Landesdurchschnitt können nur 30 % aller Arbeitnehmer mit einer Leistung aus der BAV rechnen

Der Einfluß und das Zusammenwirken der oben angedeuteten Faktoren läßt sich im Ergebnis besser erkennen, wenn die Arbeitnehmer mit einer Versorgungszusage auf die jeweilige Gesamtheit der Arbeitnehmer bezogen werden (Spalte 6). Während im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 46 % aller Arbeitnehmer eine Versorgungszusage hatten, können in Schleswig-Holstein nur 30 % der Arbeitnehmer mit einer betrieblichen Altersversorgung rechnen.

Von den 230 800 Arbeitnehmern von Unternehmen im Dienstleistungssektor, die in Schleswig-Holstein ihren Sitz haben, können nur 14 % auf eine Leistung aus der BAV hoffen; Spitzenreiter ist das Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 49 %, das Schlußlicht bilden die Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u. a. mit 4 % und das Gastgewerbe mit 5 %.

Das Produzierende Gewerbe liegt mit 44 % der 276 000 Arbeitnehmer vom Niveau deutlich höher. Um diesen Mittelwert gibt es aber eine breite Streuung. Von den 2 900 Arbeitnehmern in der Energie- und Wasserversorgung sind es 84 %, für deren Alter auch betrieblich Vorsorge getroffen wird. Im Baugewerbe erwarten immerhin 61 % der fast 70 000 Arbeitnehmer eine Leistung aus der BAV. Dagegen sind es nur 19 % im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe.

Ob die BAV eine wichtige Säule für die Absicherung des Alters für den Arbeitnehmer oder für seine Hinterbliebenen ist, hängt also nicht zuletzt vom Wirtschaftszweig und der Größe der Unternehmen ab, in denen er gearbeitet hat.

Teilzeitbeschäftigte und Frauen häufiger ohne betriebliche Altersversorgung

Ein noch differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man die Arbeitnehmer nach dem Geschlecht sowie nach der Vollzeit- und Teilzeitarbeit betrachtet, wobei als Teilzeitbeschäftigte alle Personen zählen, deren vertragliche Arbeitszeit unter der vollen tariflichen oder betriebsüblichen Arbeitszeit liegt. Ausgeschlossen von der Erhebung sind Arbeitnehmer unterhalb der Sozialversicherungsgrenze.

Zunächst soll analysiert werden, inwieweit auch Teilzeitkräfte mit einer betrieblichen Altersversorgung rechnen können. Die Teilzeitbeschäftigung spielt in einzelnen Wirtschaftszweigen eine sehr unterschiedliche Rolle (Spalte 2 der zweiten Tabelle dieses Aufsatzes). Im Landesdurchschnitt beträgt die Teilzeit-

Die betriebliche Altersversorgung (BAV) in schleswig-holsteinischen Unternehmen 1990 nach Beschäftigungsumfang, Geschlecht, Wirtschaftszweig und Größenklasse

– Unternehmen mit drei und mehr tätigen Personen –

Wirtschaftszweig Beschäftigtengrößenklasse	Anteil der Frauen	Anteil der Teilzeitbeschäftigten	Anteil der Arbeitnehmer mit Versorgungszusage							
			an Arbeitnehmern in Unternehmen mit BAV		an Arbeitnehmern insgesamt		an Arbeitnehmern in Unternehmungen mit BAV		an Arbeitnehmern insgesamt	
	an allen Arbeitnehmern	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
in %										
Produzierendes Gewerbe	26	8	61	47	46	31	62	53	46	39
Energie- und Wasservers., Bergbau	21	9	89	40	88	40	89	67	88	66
Verarbeitendes Gewerbe	31	9	54	43	39	29	54	52	38	38
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	30	8	58	60	42	37	58	59	39	47
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	25	6	56	41	41	26	56	52	41	38
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	31	9	39	33	20	13	39	36	21	17
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	48	17	57	43	50	37	56	54	48	47
Baugewerbe	11	6	77	65	62	42	78	64	63	45
Handel	57	32	34	19	18	8	34	26	19	12
dar. Großhandel	34	14	34	21	25	11	35	27	26	18
Einzelhandel	66	40	34	18	14	7	33	25	14	10
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	24	13	42	25	15	4	45	25	16	8
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	54	24	64	20	60	16	68	44	60	40
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	74	36	39	16	13	6	43	24	18	8
dar. Gastgewerbe	64	32	31	9	7	2	32	17	8	3
Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u. ä.	74	73	19	4	9	2	11	6	6	3
Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung u. ä.	60	27	41	42	22	16	45	38	25	17
Dienstleistungsbereich zusammen	62	32	38	18	17	7	39	26	20	10
Alle erfaßten Wirtschaftszweige	42	19	55	28	35	13	57	39	38	20
Davon Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten										
3 - 4	59	29	77	39	14	4	79	57	17	7
5 - 9	59	31	56	36	17	7	62	38	23	8
10 - 19	43	22	50	33	22	11	53	35	26	12
20 - 49	37	15	48	23	27	10	51	31	31	13
50 - 99	33	12	49	22	27	11	54	27	32	13
100 - 199	34	10	60	41	49	30	61	52	50	42
200 - 499	36	16	49	13	40	11	50	30	41	26
500 - 999	42	17	63	40	54	14	66	51	57	33
1 000 - 1 999	49	22	42	28	41	17	49	30	47	25
2 000 und mehr	43	25	73	28	69	23	70	51	68	43

quote 19 %, im Produzierenden Gewerbe nur 8 % und im Dienstleistungssektor 32 %. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes hat mit 17 % das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe die höchste Teilzeitquote. Im Dienstleistungssektor sind die Teilzeitquoten viel unterschiedlicher. Die Spannen reichen von 13 % bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung bis zu 73 % bei der Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung. Auch in den unteren Beschäftigtengrößenklassen sind die Teilzeitquoten hoch. Anders ausgedrückt, die Teilzeitbeschäftigten haben einen deutlichen Schwerpunkt bei kleinen Unternehmen.

Diese Beschäftigungsstruktur der Teilzeitbeschäftigten hat einen Einfluß auf den Einbeziehungsgrad in die BAV. Ein eindeutiges Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Versorgungszusage für Arbeitnehmer in Unternehmen mit einer BAV.

In allen Wirtschaftszweigen und Größenklassen werden Teilzeitbeschäftigte (Spalte 4) seltener in die BAV einbezogen als Vollzeitbeschäftigte, wobei der Einbeziehungsgrad sehr divergiert. Im Landesdurchschnitt werden in Unternehmen mit einer BAV nur 28 % ihrer Teilzeitkräfte, aber 55 % der Vollzeitbeschäftigten einbezogen. Die BAV ist eindeutig eine Domäne der Vollzeitbeschäftigten. Je höher die Teilzeitquote und je kleiner das Unternehmen, desto geringer ist der Einbeziehungsgrad der Teilzeitkräfte in die BAV.

Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Spalte 5/6) haben damit im Landesdurchschnitt 35 % der Vollzeitbeschäftigten, aber nur 13 % der Teilzeitbeschäftigten eine Leistung aus der BAV zu erwarten. Für das bisherige Bundesgebiet lauten die entsprechenden Zahlen 51 % bzw. 20 %. Zwischen den Wirtschaftszweigen sind auch hier die Relationen sehr unterschiedlich. Daß die Anteile der in die BAV einbezogenen Teilzeitkräfte beim Nahrungs- und Genußmittel- sowie Baugewerbe relativ hoch sind, beruht – wie bereits unterstrichen – auf den überbetrieblichen Tarifabschlüssen. Im Dienstleistungssektor und in kleinen Unternehmen haben – in Bezug auf alle Arbeitnehmer – nur wenige Teilzeitkräfte eine betriebliche Altersversorgung.

Weil Teilzeitkräfte meistens Frauen sind, soll der These nachgegangen werden, ob Frauen weniger häufig in die betriebliche Altersversorgung einbezogen sind als die Männer. Ähnlich wie zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten stellt sich nämlich die Beschäftigungsstruktur nach dem Geschlecht dar. Während beispielsweise im Landesdienst Schleswig-Holsteins 1992 die Frauenquote 46 % und im kommunalen öffentlichen Dienst sogar 54 % betrug, waren 1990 in der Privatwirtschaft insgesamt nur 42 % Frauen beschäftigt. Sehr hohe Frauenquoten weisen das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 48 %,

der Einzelhandel mit 66 % und die Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen mit 74 % auf. Einen nicht nur relativ, sondern auch der Zahl nach besonders hohen Anteil der Teilzeitkräfte stellen die Frauen im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, im Einzelhandel, im Gastgewerbe und bei der Gebäudereinigung.

Betrachtet man die Frauenquote (Spalte 1), die Teilzeitquote (Spalte 2) und den Anteil der in die BAV einbezogenen Frauen an allen beschäftigten Frauen (Spalte 10), so ergeben sich eindeutige Zusammenhänge. Mit Ausnahme des Verarbeitenden Gewerbes korrelieren die Frauen- und Teilzeitquoten positiv miteinander, beide Quoten stehen aber in einer negativen Korrelation zum Einbeziehungsgrad in die betriebliche Altersversorgung. Ähnliches ergibt sich bei der Analyse nach Beschäftigtengrößenklassen.

In Firmen mit BAV sind 57 % der Männer, aber nur 39 % der Frauen in die BAV einbezogen. In fast allen Branchen sind Frauen seltener als Männer in die BAV einbezogen, wobei die Unterschiede je nach Branche mehr oder weniger stark ausfallen. Da diese Abweichung sicherlich nicht Folge einer offenen Diskriminierung ist, muß sie sich indirekt etwa daraus ergeben, daß Frauen häufig zu den nicht einbezogenen Gruppen wie den Teilzeitbeschäftigten gehören bzw. bei speziell begünstigten Gruppen wie den leitenden Angestellten unterrepräsentiert sind. Darüber hinaus ist zu vermuten, daß Frauen ein Angebot auf eine Gehaltsumwandlung, d. h. die Eigenfinanzierung der BAV von sich aus seltener in Anspruch nehmen.

Auf alle Arbeitnehmer bezogen können 38 % der männlichen Arbeitnehmer auf zusätzliche Leistungen im Alter vertrauen, aber bei den Arbeitnehmerinnen ist es nur jede fünfte. Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede ziehen sich mit variierender Stärke durch alle Wirtschaftszweige.

Für mehr als jeden dritten leitenden Angestellten leistet der Betrieb Altersversorgung

Wie bereits ausgeführt, unterscheidet diese Erhebung zwischen leitenden Angestellten, übrigen Angestellten und Arbeitern. Von allen 506 804 repräsentierten Arbeitnehmern sind 5 % leitende Angestellte, 42 % sonstige Angestellte und 53 % Arbeiter.

Wie die dritte Tabelle zeigt, unterscheidet sich die Beschäftigungsstruktur (Spalte 2) zwischen dem Produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor, aber auch innerhalb dieser Blöcke sehr. So spielen beispielsweise die Arbeiter im Kredit- und Versicherungsgewerbe fast keine Rolle, während

**Die betriebliche Altersversorgung (BAV)
in schleswig-holsteinischen Unternehmen 1990 nach dem Arbeitnehmerstatus**
– Unternehmen mit drei und mehr tätigen Personen –

Wirtschaftszweig — Arbeitnehmerstatus	Arbeitnehmer insgesamt		Anteil der Arbeitnehmer		
			in Unternehmen mit BAV an Arbeitnehmern insgesamt	mit Versorgungszusage	
	Anzahl			an Arbeitnehmern in Unternehmen mit BAV	an Arbeitnehmern insgesamt
Alle erfaßten Wirtschaftszweige	506 804	100	60	51	30
Arbeiter	271 654	(53)	63	50	31
übrige Angestellte	211 344	(42)	57	50	28
leitende Angestellte	23 807	(5)	53	70	37
Produzierendes Gewerbe	275 983	54	74	60	44
Arbeiter	184 952	(36)	73	59	42
übrige Angestellte	80 313	(16)	78	62	48
leitende Angestellte	10 718	(2)	64	73	47
Dienstleistungsbereich	230 821	46	43	32	14
Arbeiter	86 701	(17)	42	19	8
übrige Angestellte	131 030	(26)	44	36	16
leitende Angestellte	13 089	(3)	44	67	29

umgekehrt bei der Gebäudereinigung die Angestellten einen sehr geringen Anteil ausmachen.

Betrachtet man den Anteil der Arbeitnehmer in Firmen mit einer BAV (Spalte 3) an allen Arbeitnehmern, so reichen die Spannen im Produzierenden Gewerbe zwischen 64 % bei den leitenden Angestellten bis 78 % bei den übrigen Angestellten, dagegen nur zwischen 42 % bei den Arbeitern und 44 % jeweils bei allen Angestellten im Dienstleistungsbereich.

Eine verbindliche Versorgungszusage in Unternehmen mit einer BAV (Spalte 4) haben jedoch im Landesdurchschnitt nur 50 % der Arbeiter und der übrigen Angestellten, aber 70 % der leitenden Angestellten. Im Produzierenden Gewerbe ist der Einbeziehungsgrad höher und trotz divergierender Beschäftigungsstrukturen homogener, denn mit einer Leistung aus der betrieblichen Altersversorgung können 59 % der Arbeiter, 62 % der übrigen Angestellten und 73 % der leitenden Angestellten rechnen. Im Dienstleistungsbereich betragen die Anteile bei den Arbeitern nur 19 %, bei den übrigen Angestellten 36 % und bei leitenden Angestellten 67 %.

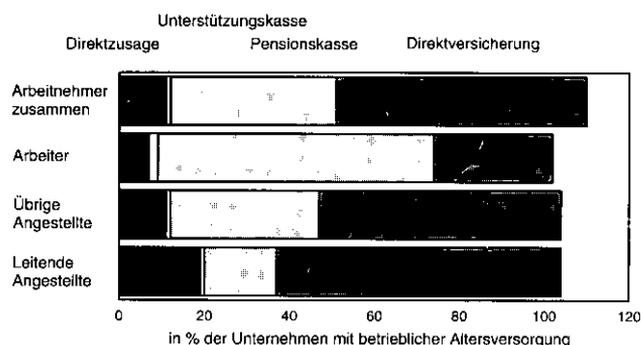
Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Spalte 5) nivelliert sich der Einbeziehungsgrad im Landesdurchschnitt auf eine Spanne zwischen 28 % bei übrigen Angestellten und 37 % bei leitenden Angestellten. Größere Unterschiede gibt es nur im Dienstleistungsbereich insgesamt, wo nur jeder zwölfte Arbeiter, nur jeder Sechste der übrigen Angestellten, aber gut jeder dritte leitende Angestellte mit einer zusätzlichen Rente rechnen darf.

Direktversicherung häufigste Form der betrieblichen Altersversorgung

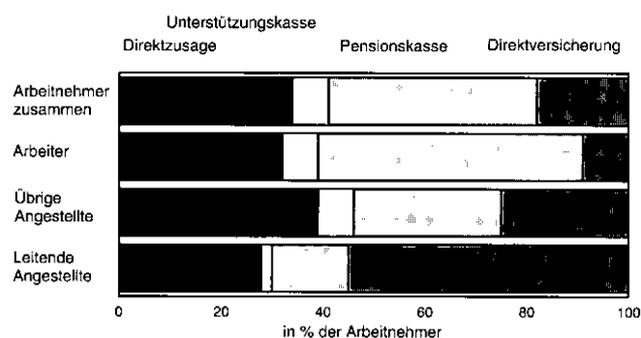
Neben den in der Übersicht definierten vier Finanzierungswegen der BAV (Direktversicherung, Pensions-, Unterstützungskasse und Direktzusage) ist auch noch als Durchführungsform eine Höherversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung möglich. Diese Form kam bei den in die Stichprobe einbezogenen Unternehmen nicht vor, sie spielt in der Praxis in Schleswig-Holstein demnach keine Rolle. Unbedeutend ist auch die Gehaltsumwandlung, also die BAV auf eigene Kosten des Arbeitnehmers. Diese Eigenfinanzierung ist bei der Unterstützungskasse

Verteilung der Formen betrieblicher Altersversorgung in schleswig-holsteinischen Unternehmen 1990

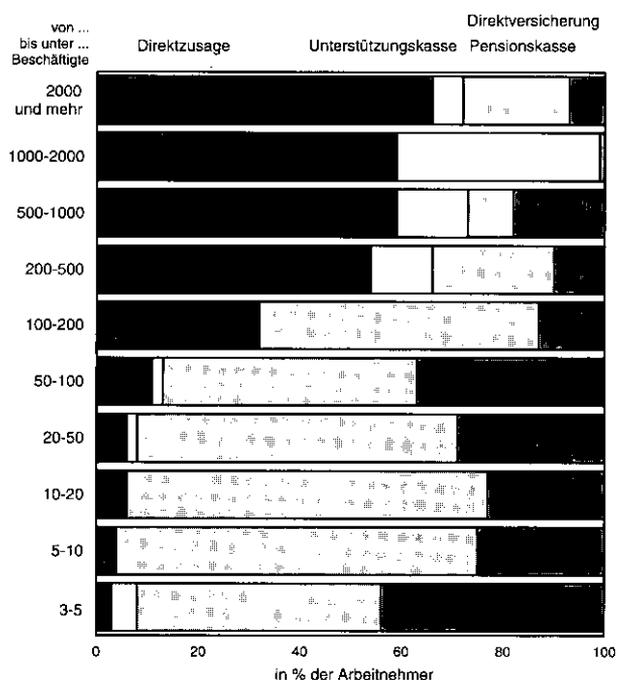
– Unternehmen nach Arbeitnehmergruppen –



– Arbeitnehmer nach überwiegender BAV-Form –



– Arbeitnehmer nach überwiegender BAV-Form und Beschäftigungsklasse –



209401 Stat.LA S-H

gar nicht zulässig, so daß diese Möglichkeit für einen Teil der Arbeitnehmer von vornherein entfällt. Bei der Direktzusage und den Pensionskassen ist die Gehaltsumwandlung zwar theoretisch möglich, spielt aber ebenfalls nur eine geringe Rolle. Nur bei der Direktversicherung finanzieren in den schleswig-holsteinischen Unternehmen vergleichsweise viele versicherte Arbeitnehmer (15 %) die betriebliche Altersversorgung selbst.

In den weiteren Ausführungen soll nur die Verbreitung der vier häufigsten Formen der BAV (inklusive der Gehaltsumwandlungen) analysiert werden. Objekt der Darstellung ist die BAV der befragten Unternehmen, die ihren Arbeitnehmern eine Versorgung bereits erteilt oder verbindlich in Aussicht gestellt haben. Die Unternehmer können sich dabei auf eine Form beschränken oder für unterschiedliche Personen verschiedene Formen wählen. Es ist sehr wohl möglich, daß ein Arbeitnehmer gleichzeitig in mehreren Formen der BAV eine Versorgungszusage hat, weil er im Laufe seines Arbeitslebens die Kriterien mehrerer einbezogener Gruppen erfüllte oder weil er das Unternehmen gewechselt hat. Über solche Doppelanwartschaften kann diese Erhebung keine Informationen beisteuern.

In der Grafik ist im ersten Teil die Verbreitung der vier Formen nach Unternehmen mit ihren Arbeitnehmergruppen dargestellt; da in einem Teil der Unternehmen mehrere Formen nebeneinander existieren, können sich die Summen insgesamt auf über 100 % addieren. Der zweite Teil der Grafik zeigt die Arbeitnehmer mit erteilter oder verbindlich in Aussicht gestellter Versorgungszusage nach überwiegender Form und Arbeitnehmergruppen.

Die von den Unternehmen insgesamt mit Abstand am häufigsten favorisierte Form ist die Direktversicherung mit 59 %, gefolgt von den Pensionskassen mit 39 %. Eine betriebliche Ruhegeldzusage bzw. Direktzusage wählten dagegen nur 11 % und eine Unterstützungskasse nur 1 % der Unternehmen.

Diese Verteilung ist nach der Zahl der Unternehmen gemessen. Sie korrespondiert grob mit der der bei Unternehmen mit Angestellten. Für die Arbeiter wählten dagegen 65 % der Unternehmen die Pensionskassen, 28 % die Direktversicherung, 7 % die Direktzusage und 2 % die Unterstützungskasse.

Das Bild verschiebt sich jedoch deutlich, wenn statt der Unternehmen insgesamt die Arbeitnehmer mit dem höchsten Leistungsanspruch betrachtet werden (siehe Grafik mittlerer Teil). Danach dominieren die Pensionskassen mit 41 %, gefolgt von der betrieblichen Direktzusage (34 %), der Direktversicherung (18 %) und den Unterstützungskassen (7 %). Die Direktversicherung hat einen deutlichen Schwerpunkt

Schleswig-holsteinische Unternehmen mit betrieblicher Altersversorgung und deren Arbeitnehmer mit erteilter Versorgungszusage 1990 nach der Form dieser Zusage in %
 – Unternehmen mit drei und mehr tätigen Personen –

Arbeitnehmerstatus	Insgesamt		Direktzusage		Unterstützungskasse		Pensionskasse		Direktversicherung	
	Unternehmen	Arbeitnehmer	Unternehmen	Arbeitnehmer	Unternehmen	Arbeitnehmer	Unternehmen	Arbeitnehmer	Unternehmen	Arbeitnehmer
Produzierendes Gewerbe										
Leitende Angestellte	100	100	22	31	1	2	27	22	56	45
Übrige Angestellte	100	100	10	47	1	8	59	31	33	14
Arbeiter	100	100	5	32	2	7	77	55	17	6
Arbeitnehmer zusammen	100	100	11	36	2	7	63	46	38	10
Dienstleistungsbereich										
Leitende Angestellte	100	100	16	25	0,5	1	6	6	79	68
Übrige Angestellte	100	100	12	26	0,9	5	4	24	87	45
Arbeiter	100	100	15	30	2	9	8	21	80	41
Arbeitnehmer zusammen	100	100	11	27	0,6	5	4	21	90	47
Zusammen										
Arbeitnehmer insgesamt	100	100	11	34	1	7	39	41	59	18

bei den leitenden Angestellten mit 55 %, die Pensionskassen dagegen bei den Arbeitern mit 52 %.

Die unterschiedliche Verteilung in den Gliederungen nach Unternehmen und Arbeitnehmern läßt vermuten, daß die Unternehmensgröße einen erheblichen Einfluß auf die gewählte Form der BAV hat (siehe Grafik unterer Teil). Bei den kleinen Unternehmen dominieren eindeutig die „betriebsferneren“ Formen Direktversicherung und Pensionskasse. Sie haben aus der Sicht der kleineren Unternehmen den Vorteil, daß sie die bei einer kleinen Anzahl von Arbeitnehmern schwankenden Risiken auf viele Schultern verteilen und somit das Risiko minimieren. Je größer ein Unternehmen ist, umso eher ist es in der Lage, diesen Risikoausgleich selbst vorzunehmen. Deshalb gewinnen die „betriebsnahen“ Formen Direktzusage und Unterstützungskasse mit zunehmender Unternehmensgröße an Bedeutung. Dieser Zusammenhang spiegelt sich mittelbar auch in der Gliederung nach Branchen wider. Je größer die Unternehmen im Durchschnitt in einem Wirtschaftszweig sind, umso

stärker ist die Bedeutung der Direktzusage und der Unterstützungskasse.

Die Tabelle präsentiert das Zahlenmaterial getrennt nach Produzierendem Gewerbe und dem Dienstleistungssektor. Unterhalb dieser Ebenen haben die Pensionskassen im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und im Baugewerbe die bereits mehrfach erwähnte starke Position.

Im Dienstleistungsbereich, der den Handel, Verkehr, die Nachrichtenübermittlung, das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie die Dienstleistungen von Unternehmen umfaßt, haben beim Banken- und Versicherungsgewerbe die Pensionskassen und die Direktversicherung eine stärkere Stellung, weil diese Branchen relativ eng miteinander verknüpft sind. Versicherungen sind selbst Anbieter der Direktversicherungen und mit ihren fachlichen Kenntnissen häufig bei der Einrichtung von Pensionskassen zur Hand. Daher ist es sinnvoll, auch die eigenen Arbeitnehmer in diese Formen einzubeziehen.

Leonhard Gawlik

Tarifföhne der Landarbeiter in Schleswig-Holstein

a) Jahreslöhne 1926 bis 1940

Jahr	Verheiratete Deputatarbeiter ¹⁾					Ledige ständige Frei-arbeiter ³⁾	Ledige Knechte ³⁾	Ledige Mägde ³⁾
	Barlohn im Jahr	Außer Wohnung und Stall wurden als Deputat ²⁾ gegeben						
		Feuerung (Heizwert in Steinkohle)	Landnutzung	Kuhmilch	Getreide und Hülsenfrüchte			
RM	Zentner	Ar	Liter	Zentner	Barlohn RM	Barlohn ⁴⁾ RM		
1926	387	25	19,9	1 095	30	1 077	320	218
1927	361	25	19,9	1 095	30	1 077 ^a	358	256
1928	421	25	19,9	1 095	30	1 150 ^a	420	336
1929	486	30	19,9	1 095	30	1 239 ^b	523	436
1930	512	30	19,9	1 095	30	1 274 ^b	525	435
1931	488	30	19,9	1 095	30	1 250 ^b	507	427
1932	398	30	19,9	1 098	30	1 080 ^b	371	314
1933	420	30	19,9	1 095	30	1 098 ^b	351	294
1934	435	33	19,9	1 095	30	1 129 ^b	380	309
1935	447	35	19,9	1 095	30	1 154 ^b	405	324
1936	449 ^c	35	19,9	1 098	30	1 158 ^b	405	324
1937	445 ^c	35	25	1 095	30	1 157	400	340
1939	448 ^c	35	25	1 095	30	1 154	400	340
1940	450 ^c	35	25	1 098	30	1 161	400	340

1) Tarifmäßige vereinbarte Jahresarbeitszeit 1926 = 2 833 Stunden, 1939 = 2 825 Stunden
 2) darüber hinaus sonstiges Deputat wie Perkel, Gänse, Stroh, Wirtschaftsführen u. a.
 3) höchste tarifmäßige Altersstufe
 4) in der Regel ohne besondere Zulagen. Außerdem Unterkunft und Verpflegung
 a) tarifmäßig vereinbarte Jahresarbeitszeit 2 806 Stunden b) für Verheiratete c) außerdem Treueprämie von 25 - 75 RM
 QUELLE: Statist. Reichsamt, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927 bis 1941/42

b) Stundenlöhne 1949 bis 1966

Wirkungs-Zeitraum	Arbeitszeit Stunden im Jahr	Frei-arbeiter-lohn	Deputat-arbeiter-lohn	Wirkungs-Zeitraum	Arbeitszeit Stunden im Jahr	Frei-arbeiter-lohn	Deputat-wert 1)
		DM/Stunde				DM/Stunde	
1.2.1949 bis 31.7.1950	lt. Tarifordnung vom 16. 9. 1936	0,60	0,33	1.5.1957 bis 31.3.1958	2 600	1,36	0,50
1.8.1950 " 31.3.1951		0,70	0,39	1.4.1958 " 30.4.1959	2 600	1,44	0,50
1.4.1951 " 31.7.1952		0,76	0,45	1.5.1959 " 31.5.1960	2 600	1,53	0,51
1.8.1952 " 31.7.1953	2 600 ^a	0,98	0,52	1.6.1960 " 31.3.1961	2 600	1,63	0,51
1.8.1953 " 31.7.1954	2 600	1,02	0,56	1.4.1961 " 28.2.1962	2 600	1,84	0,53
1.8.1954 " 30.6.1955	2 600	1,07	0,60	1.3.1962 " 30.4.1963	2 500 ^b	2,05	0,55
1.8.1955 " 30.4.1956	2 600	1,12	0,65	1.5.1963 " 31.5.1964	2 500	2,24	0,57
1.7.1955 " 30.4.1957	2 600	1,24	0,77	1.6.1964 " 31.3.1965	2 500	2,46	0,61
				1.4.1965 " 31.3.1966	2 444	2,70	0,64
				ab 1.4.1966	2 392	2,92	0,72

1) Ab 1. 5. 1957 wurden keine besonderen Deputatarbeiterlöhne mehr festgelegt. Bei Gewährung des vollen Deputates, das sich seit 1937 nicht geändert hat, muß der Landarbeiter den nachstehend aufgeführten Deputatwert pro Stunde an den Arbeitgeber abführen
 a) ab 1. 9. 1952 b) ab 16. 4. 1962
 QUELLE: Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Nordmark

Brutto-Monatsgehälter der Reichs-(Landes-)beamten

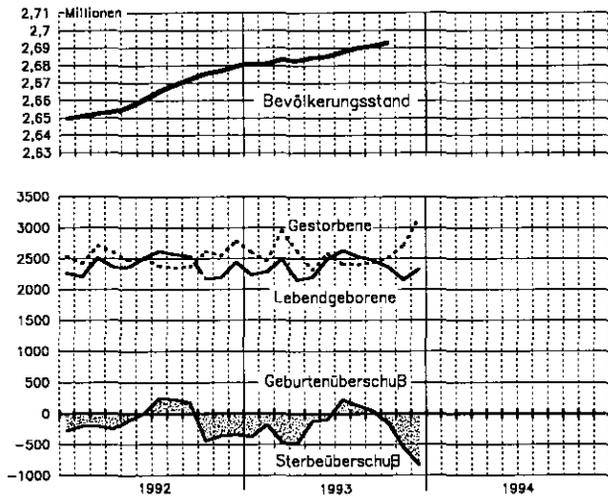
Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem zuschlagsberechtigten Kind (Grundgehalt + Ortszuschlag + Kinderzuschlag) in der Ortsklasse A. Kinderzuschläge wurden 1913 nicht gezahlt; sie betragen für 1 zuschlagsberechtigtes Kind z. B. Ende 1927 = 20 RM, 1931 (ab 1. Juli) und 1938 = 10 RM (für das 1. Kind), 1950 = 20 DM, 1965 = 50 DM.
 Das Besoldungsgesetz vom 15. 7. 1909 unterschied 70 Besoldungsklassen mit aufsteigenden Gehältern, aus denen für 1913 zum Vergleich die nachstehenden Klassen ausgewählt wurden: Kanzlisten (17) und Werkführer (13) = Assistent, Oberpost- und Telegraphensekretär (35b) = Inspektor, Post- und Telegraphendirektor (57) = Regierungsrat.

Stand	Währungs-einheit	Assistent ¹⁾		Inspektor ²⁾		Regierungsrat ³⁾	
		Anfangsbetrag	Endbetrag	Anfangsbetrag	Endbetrag	Anfangsbetrag	Endbetrag
1913	Mark	191	274	242	442	358	708
1. Oktober 1927	Reichsmark	248	306	314	521	504	834
1. Februar 1931		234	289	297	491	475	785
1. Juli 1931		215	267	274	458	443	734
1. Januar 1932		194	241	248	413	400	661
1. April 1938	"	194	241	248	413	386	661
1. April 1939		201	248	248	413	400	661
1. Oktober 1950	Deutsche Mark	276	334	334	521	504	834
1. April 1953 ⁴⁾		358	423	448	704	714	1 134
1. April 1958		437	557	609	861	922	1 342
1. Juli 1960 ⁴⁾		481	609	652	922	987	1 437
1. Oktober 1963 ⁴⁾		598	766	777	1 077	1 171	1 675
1. Juni 1965		656	836	841	1 165	1 271	1 811

1) Besoldungsgruppe A 5, davor B a
 2) Besoldungsgruppe A 9, davor 4 c 2, 4 c
 3) Besoldungsgruppe A 13, davor 2 c 2, 2 c
 4) Kinderzuschlag für ein Kind im Alter von 6 - 14 Jahren
 QUELLEN: 1913 bis 1939: Statist. Reichsamt, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, 1931, 1934, 1936, 1938, 1939/40
 1950 bis 1965: Ministerium des Innern des Landes Schleswig-Holstein

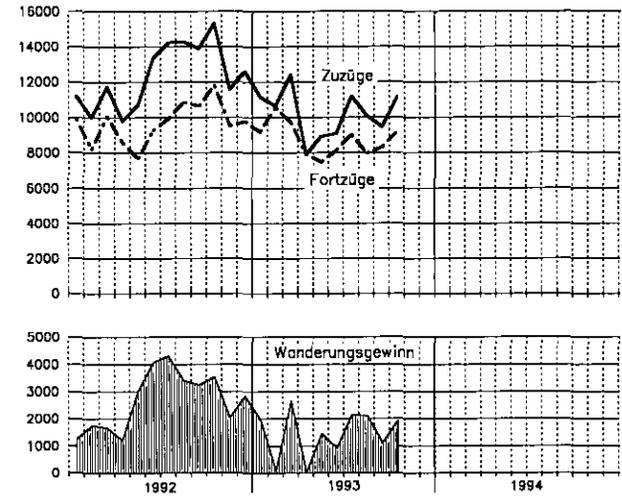
Entnommen aus: Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel 1967

Bevölkerungsstand

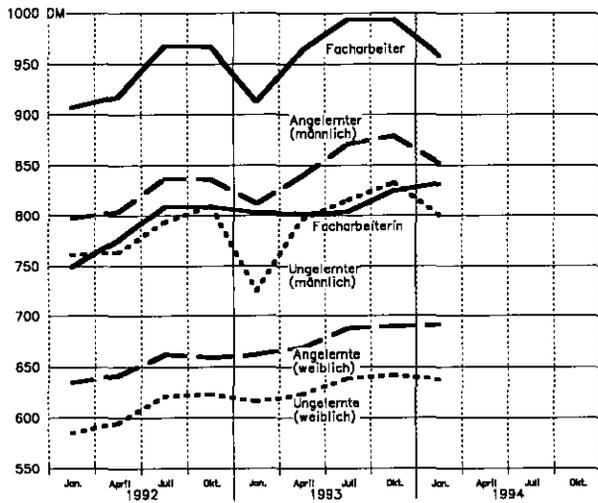


Bevölkerungsveränderung

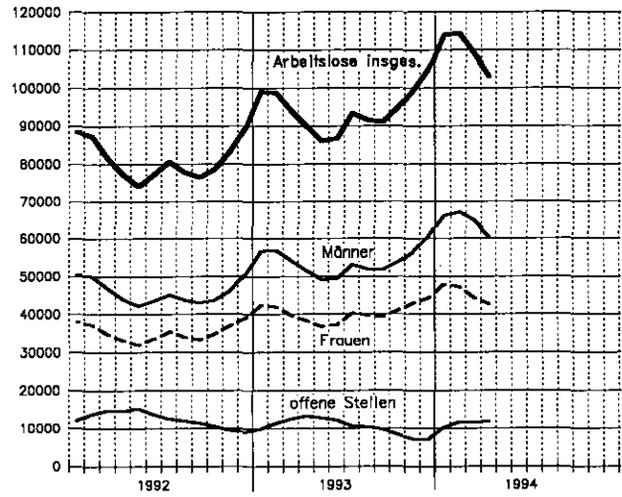
D 6068 - A Stat.LA S-H



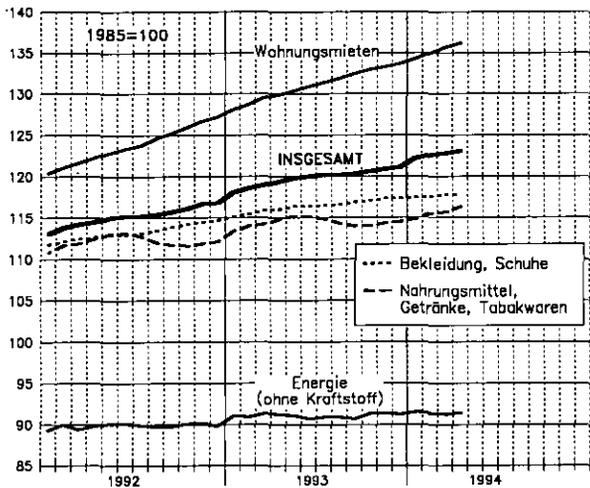
Bruttowochenverdienste



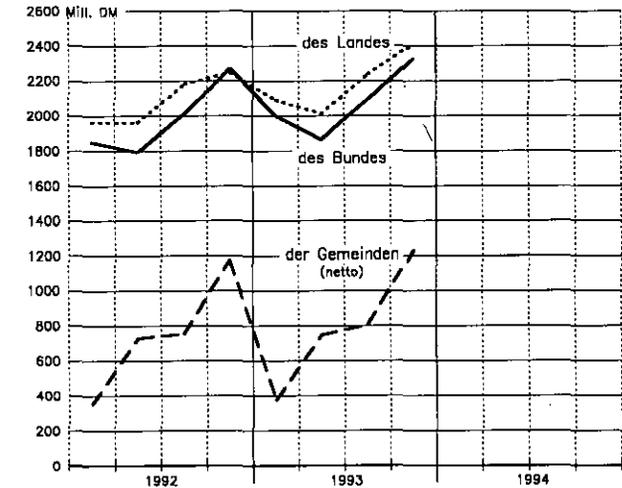
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

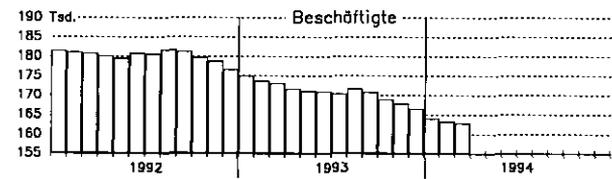
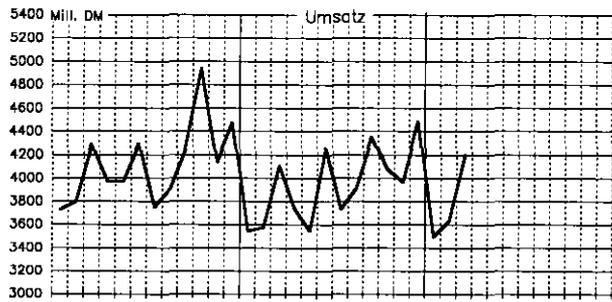


Steuereinnahmen



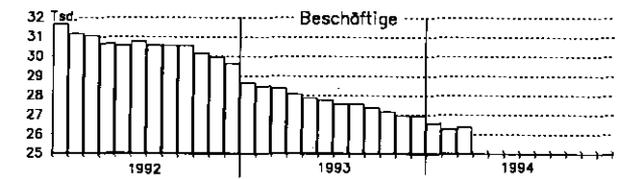
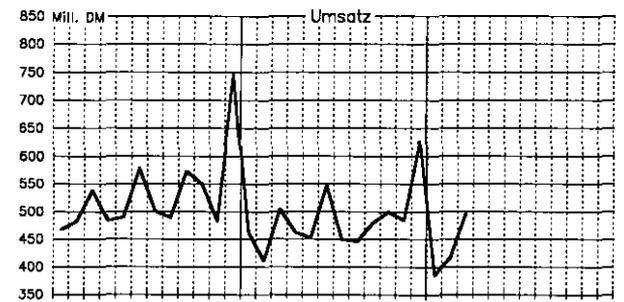
Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

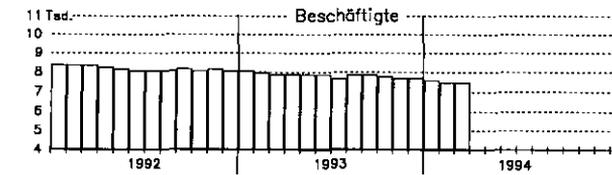
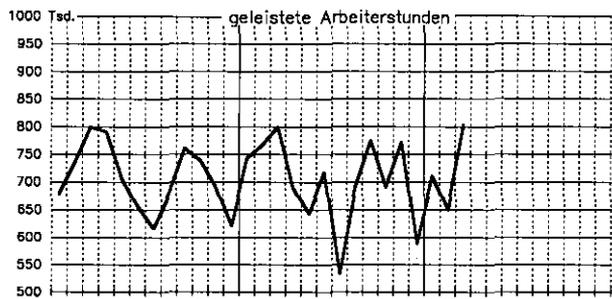


darunter Maschinenbau

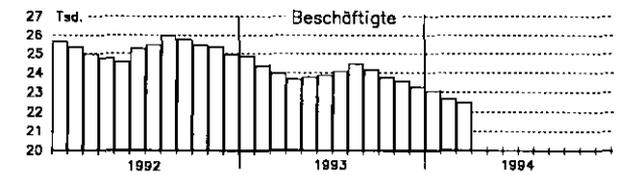
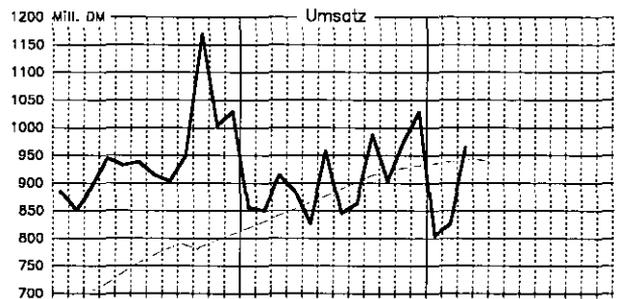
D 6069 - B Stat.LA S-H



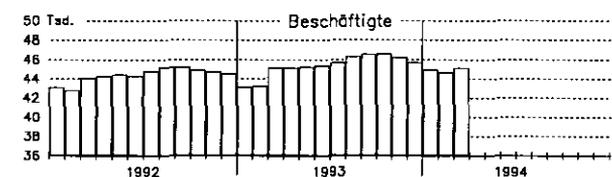
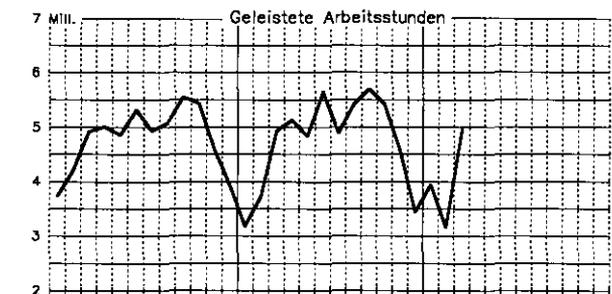
darunter Schiffbau



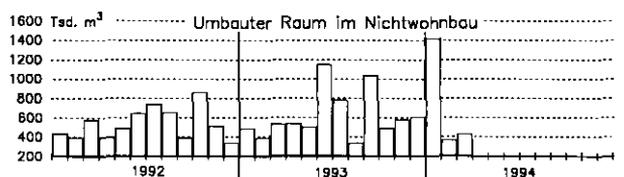
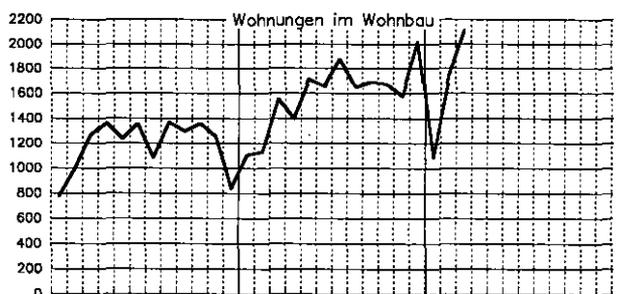
darunter Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

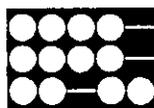


Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen





<i>Daten zur Konjunktur.....</i>	<i>2</i>
<i>Jahreszahlen.....</i>	<i>4</i>
<i>Zahlenspiegel.....</i>	<i>6</i>
<i>Kreiszahlen.....</i>	<i>11</i>
<i>Erweiterte Kreiszahlen.....</i>	<i>12</i>
<i>Zahlen für Bundesländer.....</i>	<i>16</i>

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe¹		März 1994		Januar bis März 1994	
Beschäftigte	1 000	163	- 5,9	163	- 6,1
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	15	- 6,9	14	- 6,7
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	732	- 0,3	718	- 1,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 202	+ 2,3	3 777	+ 0,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 306	+ 3,3	2 900	- 1,5
Auslandsumsatz	Mill. DM	896	- 1,2	877	+ 9,9
Auftragszugang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 882	+ 21,7	2 312	+ 4,5
aus dem Inland	Mill. DM	2 003	+ 15,6	1 602	+ 0,6
aus dem Ausland	Mill. DM	879	+ 38,3	709	+ 14,4
Energieverbrauch (vierteljährlich)	1 000 t SKE			221	+ 4,8
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000	45	- 0,1	45	+ 2,4
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	+ 0,5	4	+ 1,9
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	168	+ 6,6	144	+ 7,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	500	+ 6,4	403	+ 10,1
Auftragszugang ³	Mill. DM	464	+ 12,3	350	+ 13,0
Baugenehmigungen⁴		Februar 1994		Januar bis Februar 1994	
Wohnbau	Wohnungen	1 734	+ 53,2	1 412	+ 26,1
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	372	- 5,6	899	+ 102,8
Einzelhandel					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	120,5	- 1,5	120,2	+ 1,2
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	80,3	+ 0,5	81,7	+ 1,9
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	157	- 4,9	142	- 2,8
Übernachtungen	1 000	661	- 0,3	618	+ 0,6
Arbeitsmarkt		März 1994		Januar bis März 1994	
Arbeitslose	Anzahl	108 924	+ 15,9	111 724	+ 15,7
Offene Stellen	Anzahl	11 669	- 6,7	10 455	- 2,6
Kurzarbeiter	Anzahl	13 583	- 29,7	14 076	- 28,4
Insolvenzen					
Anzahl		65	+ 38,3	66	+ 32,0

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

Daten zur Konjunktur
Land und Bund im Vergleich

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1993	April 1993	Mai 1993	Juni 1993	Juli 1993	August 1993	Sept. 1993	Okt. 1993	Nov. 1993	Dez. 1993	Jan. 1994	Febr. 1994	März 1994
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	- 5,1	- 4,7	- 4,7	- 5,4	- 5,7	- 5,5	- 5,8	- 6,1	- 6,1	- 5,8	- 6,3	- 6,1	- 5,9
	Bund	- 7,2	- 6,7	- 6,9	- 7,3	- 7,8	- 7,9	- 8,0	- 8,1	- 8,0	- 7,6	p- 7,8
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 8,1	- 8,6	- 10,0	- 6,1	- 8,2	- 9,3	- 9,1	- 11,3	- 6,5	- 6,4	- 5,7	- 7,5	- 6,9
	Bund	- 11,3	- 10,7	- 12,1	- 10,0	- 14,8	- 9,0	- 11,6	- 13,7	- 9,7	- 7,4	p- 6,6
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 1,6	+ 0,5	+ 0,2	- 3,5	- 4,7	- 2,5	- 1,9	- 3,9	- 1,5	- 3,0	- 3,2	- 1,0	- 0,3
	Bund	- 4,5	- 3,2	- 4,3	- 5,6	- 7,0	- 5,2	- 4,8	- 5,9	- 6,1	- 3,1	p- 2,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 3,9	- 5,7	- 10,7	- 0,6	- 0,5	+ 0,4	+ 2,5	- 14,4	- 4,3	+ 0,3	- 1,4	+ 1,6	+ 2,3
	Bund	- 6,9	- 8,5	- 8,9	- 5,8	- 10,2	- 1,2	- 6,1	- 8,1	- 3,9	- 1,4	p+ 1,4
Inlandsumsatz	Land	- 3,6	- 6,7	- 8,6	- 1,0	- 2,4	- 0,3	- 2,0	- 11,4	- 3,1	+ 3,3	- 4,4	- 4,1	+ 3,3
	Bund	- 7,0	- 8,0	- 9,2	- 5,8	- 10,2	- 1,9	- 5,8	- 8,5	- 4,4	+ 2,7	p- 1,5
Auslandsumsatz	Land	- 5,0	- 1,6	- 18,3	+ 0,8	+ 7,5	+ 3,3	+ 21,6	- 22,7	- 8,9	- 10,9	+ 12,0	+ 20,2	- 1,2
	Bund	- 6,6	- 10,2	- 8,0	- 5,4	- 10,5	+ 0,1	- 6,3	- 7,6	- 3,1	+ 4,8	p+ 9,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 0,4	- 12,1	+ 3,0	+ 11,5	- 2,6	+ 1,5	- 10,9	+ 9,4	- 12,3	+ 38,7	- 4,6	- 5,5	+ 21,7
	Bund	- 7,5	- 11,7	- 8,2	- 6,3	- 8,5	- 3,7	- 5,8	- 3,6	- 0,1	+ 4,0	+ 0,7	+ 3,4	...
aus dem Inland	Land	- 4,8	- 9,7	+ 8,7	- 11,5	- 1,8	- 12,3	- 12,4	- 5,9	+ 2,6	+ 4,5	- 4,7	- 11,1	+ 15,6
	Bund	- 9,9	- 14,0	- 10,1	- 7,7	- 9,7	- 5,3	- 7,6	- 8,1	- 2,9	- 2,9	- 4,0	+ 0,1	...
aus dem Ausland	Land	+ 13,8	- 18,4	- 10,4	+ 84,5	- 4,8	+ 34,0	- 6,2	+ 53,4	- 37,2	+ 132,9	- 4,6	- 9,2	+ 38,3
	Bund	- 2,8	- 7,2	- 4,0	- 3,3	- 6,1	- 0,3	- 1,8	+ 6,4	+ 5,3	+ 18,2	+ 10,3	+ 9,6	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+ 2,9	...	+ 4,1	+ 6,0	+ 0,9	+ 4,8	...
	Bund	- 3,9	...	- 4,9	- 4,0	- 1,8
Bauhauptgewerbe²														
Beschäftigte	Land	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 4,2	+ 3,8	- 0,1
	Bund	+ 0,4	- 1,5	- 1,7	- 1,6	- 1,9	- 1,7	- 1,8	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	p- 0,6	p+ 0,0	...
Geleistete Arbeitsstunden	Land	- 1,2	+ 2,4	- 0,5	+ 6,1	- 0,9	+ 6,9	+ 2,5	- 0,5	- 0,2	- 12,5	+ 23,8	+ 2,9	+ 0,5
	Bund	- 3,4	- 2,4	- 2,7	+ 2,3	- 6,6	+ 4,4	- 2,0	- 4,5	- 6,4	- 11,0	p+ 10,3	p- 1,9	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 5,3	+ 12,4	+ 6,5	+ 6,0	+ 2,7	+ 12,9	+ 8,0	+ 4,4	+ 6,6	- 5,4	+ 18,0	+ 8,1	+ 6,6
	Bund	+ 2,9	+ 5,9	+ 0,9	+ 3,3	- 1,3	+ 5,5	+ 1,9	+ 1,0	+ 2,8	- 3,0	p+ 9,1	p+ 2,8	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 2,5	+ 8,8	+ 2,4	+ 6,9	+ 3,1	+ 13,2	+ 5,4	+ 4,1	+ 5,1	- 13,1	+ 33,0	+ 13,0	+ 6,4
	Bund	- 1,8	+ 0,3	- 1,2	+ 3,6	- 1,3	- 0,2	+ 0,5	+ 1,6	- 0,7	- 14,1
Auftragseingang ³	Land	+ 6,0	+ 2,9	+ 17,4	+ 11,7	- 5,6	+ 8,8	- 6,0	+ 4,9	+ 10,3	- 2,2	+ 28,4	+ 13,6	+ 12,3
	Bund	+ 1,8	+ 2,0	+ 0,2	- 1,8	+ 2,9	+ 6,6	+ 3,7	+ 6,7	+ 8,8	- 4,6	p+ 14,3	p+ 6,5	...
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 34,0	+ 2,5	+ 38,4	+ 21,9	+ 73,5	+ 20,4	+ 30,3	+ 22,8	+ 25,9	+ 139,5	- 1,5	+ 53,2	...
	Bund	r+ 15,1	p+ 21,9	p+ 11,5	p+ 23,5	p+ 12,4	p+ 18,0	p+ 17,6	p+ 20,0	p+ 7,2	p+ 18,5
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	+ 15,3	+ 34,9	+ 2,2	+ 78,3	+ 5,5	- 48,6	+ 164,7	- 42,7	+ 11,9	+ 78,2	+ 189,6	- 5,6	...
	Bund	r- 10,3	p- 16,5	p- 6,8	p- 19,2	p- 17,4	p- 24,5	p- 2,5	p- 7,2	p- 19,8	p+ 26,3
Einzelhandel														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	- 0,7	+ 2,1	- 2,3	+ 0,2	- 0,1	+ 1,5	+ 1,2	- 4,1	+ 2,8	- 2,7	+ 4,0	- 1,5	...
	Bund	- 2,4	+ 0,4	- 4,3	- 0,7	- 2,2	+ 1,3	- 0,1	- 5,6	+ 0,1	- 5,5	+ 1,7	p+ 1,4	...
Gastgewerbe														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	- 0,5	+ 3,8	+ 3,6	- 1,2	- 1,7	- 3,0	- 2,3	- 0,2	- 2,2	- 3,9	+ 3,2	+ 0,5	...
	Bund	+ 0,2	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,2	- 0,9	± 0,0	- 0,4	- 1,0	- 2,2	- 2,7	p- 0,2
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	- 4,2	- 2,7	- 0,2	- 4,8	- 5,3	- 10,0	- 4,9	- 8,1	- 8,6	- 8,3	p+ 0,2	p- 4,9	...
	Bund	- 3,7	- 4,1	- 2,8	- 2,7	- 5,9	r- 5,1	r- 5,2	r- 4,1	r- 3,9	- 3,3
Übernachtungen	Land	- 0,6	+ 0,1	+ 3,4	+ 0,5	- 1,3	- 3,6	- 3,6	- 7,7	- 4,9	- 6,8	p+ 1,7	p- 0,3	...
	Bund	- 2,8	- 3,9	- 0,9	- 2,2	- 4,1	r- 4,1	r- 4,7	r- 6,2	r- 3,3	- 5,7
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	+ 15,7	+ 16,3	+ 16,1	+ 12,3	+ 15,8	+ 17,7	+ 19,1	+ 20,5	+ 19,2	+ 17,2	+ 15,0	+ 15,7	+ 15,9
	Bund	+ 25,6	+ 25,7	+ 26,0	+ 26,3	+ 27,2	+ 27,1	+ 28,3	+ 28,9	+ 27,8	+ 24,1	+ 21,2	+ 19,8	+ 18,7
Offene Stellen	Land	- 15,3	- 8,9	- 16,2	- 11,1	r- 15,0	- 12,9	- 14,1	- 20,6	- 23,0	- 21,1	+ 2,9	+ 2,4	- 6,7
	Bund	- 24,8	- 23,9	- 24,1	- 23,3	- 23,0	- 25,1	- 28,1	- 30,4	- 26,9	- 22,7	- 14,5	- 7,9	- 7,1
Kurzarbeiter	Land	+ 46,7	+ 65,2	+ 113,3	+ 146,6	+ 157,7	+ 156,5	+ 87,8	+ 2,0	- 21,5	- 26,5	- 20,5	- 34,0	- 29,7
	Bund	+ 171,0	+ 321,8	+ 281,5	+ 291,9	+ 231,2	+ 210,8	+ 188,7	+ 102,0	+ 33,1	- 14,4	- 39,6	- 50,2	- 56,0
Insolvenzen														
Anzahl	Land	+ 18,5	+ 70,6	+ 2,0	+ 55,8	+ 35,0	- 6,8	- 34,7	+ 49,0	+ 6,5	+ 67,5	+ 52,5	+ 16,1	+ 38,3
	Bund	+ 24,2	+ 26,1	+ 17,2	+ 18,5	+ 27,0	+ 25,3	+ 32,9	+ 11,9	+ 38,7	+ 33,7	+ 18,9	+ 29,7	...

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
	in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			in 1 000		in 1 000				
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	-3	33	1 166	52	349	242	523
1990	2 614	7,1	11,1	12,0	-2	34	1 234	62	352	265	555
1991	2 636	6,9	11,0	11,8	-2	25	1 236	57	361	258	559
1992	2 662	7,1	10,8	11,4	-2	33	1 247	59	360	262	568
1993	1 246	52	362	266	566

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- gnierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ ≅ 100
	in 1 000													
1989	133	12	48	62	2	10	33	31	26	77 406	+ 3,1	84 049	- 0,6	94
1990	135	12	48	62	3	10	33	31	27	83 556	+ 7,9	87 049	+ 3,6	92
1991	134	11	48	62	4	10	35	31	25	90 979	+ 8,9	90 979	+ 4,5	92
1992	135	11	48	62	6	10	36	31	24	96 258	+ 5,8	92 512	+ 1,7	92
1993	139	11	49	62	7	98 654	+ 2,5	91 787	- 0,8	92

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen ⁶		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	in 1 000										
1989	1 491 ^a	480 ^a	1 451 ^a	.	491	2 273	2 411	5 014	2 342	141	753
1990	1 525	472	1 445	3 343	592	2 402	2 324	4 881	2 186	139	972
1991	1 473 ^a	458 ^a	1 387 ^a	.	735	2 161	2 326	5 005	2 257	148	768
1992	1 435	440	1 397	3 129	548	1 853	2 297	5 116	2 093	154	768
1993	1 424 ^a	431 ^a	1 378 ^a	.	p 431	p 1 904	2 312	5 306	1 892	184	779

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸
	in 1 000		in Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹				Beschäftigte am 30.06. in 1 000
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42
1991	182	122	198	5 147	3 919	r 49 073	r 10 095	174	1 250	560	399	44
1992	180	119	192	5 309	4 247	49 228	10 430	183	1 251	596	409	44
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen

² ab 1990 vorläufiges Ergebnis

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

⁸ ohne Eigenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) ≅ 29 308 MJ

^a repräsentative Viehzählung

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		Bestand an Wohnungen	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau ²						insgesamt	Auslands-gäste	insgesamt	von Auslands-gästen
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1989	8	8	15	1 140	12 555	6 169	1 898	10 337	3 448	440	17 650	852
1990	12	8	13	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221	3 801	479	19 390	877
1991	12	9	11	1 158	12 656	6 882	1 715	10 688	4 037	550	20 730	1 064
1992	15	12	18	1 171	13 156	6 175	1 751	11 070	4 129	492	22 116	981
1993	19	14	3 956	343	21 989	735

Jahr	Kfz-Bestand ⁴ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar einlagen ⁶ am 31.12.	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Krafträder	Pkw ⁵	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt	Empfänger in 1 000	
	in 1 000							in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	166,6	90,1
1991	1 490	54	1 279	60	16 649	351	21 631	19 669	1 654,5	626,4	123,5	97,7
1992	1 528	58	1 307	64	16 429	319	21 310	20 156	1 831,9	677,1	131,4	109,5
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁷	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857
1990	6 094	7 176	2 431	3 630	7 890	5 310	1 506	137	966	20 128	3 794	2 957
1991	6 951	7 685	2 761	4 332	8 825	6 214	1 431	125	1 062	20 990	4 058	3 188
1992	7 919	8 351	3 012	4 937	10 061	7 059	1 637	117	1 235	22 081	4 226	3 331
1993	8 320	8 795	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 494	3 546

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet ⁸					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁹		für Wohngebäude 1985 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100		Industriearbeiter ⁹		Angestellte in Industrie ⁹ und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100		insgesamt	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰		
									kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
									Männer	Frauen	Männer	
1989	99,3	99,8	109,4	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805
1990	101,0	94,7	116,4	107,0	105,6	821	572	4 297	2 953	4 972	3 822	2 852
1991	103,4	94,1	124,3	110,7	108,6	866	605	4 539	3 192	5 323	4 048	3 020
1992	104,8	91,9	131,3	115,1	112,1	899 ^a	640 ^a	4 808 ^a	3 330 ^a	5 453 ^a	4 284	3 200
1993	104,8	...	137,2	119,9	114,4	930 ^a	665 ^a	5 071 ^a	3 533 ^a	5 724 ^a	4 411	3 294

¹ Errichtung neuer Gebäude
² 1. Förderungsweg
³ nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen
⁴ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr
⁵ einschließlich Kombinationskraftwagen
⁶ ohne Postspareinlagen
⁷ einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände
⁸ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer
⁹ einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk
¹⁰ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
^a Die Zahlen ab 1992 (neuer Berichtskreis) sind mit den davorliegenden Ergebnissen nicht voll vergleichbar.
Hinweis: * Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1992	1993	1993			1993/94			
		Monatsdurchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 662	...	p 2 681	p 2 681	p 2 683
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 575	...	p 516	p 624	p 1 061
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	71	...	p 2,3	p 3,0	p 4,7
Lebendgeborene	Anzahl	2 396	...	p 2 231	p 2 281	p 2 492
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,8	...	p 9,8	p 11,1	p 10,9
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 525	...	p 2 603	p 2 460	p 2 959
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,4	...	p 11,4	p 12,0	p 13,0
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	14	...	p 10	p 15	p 14
	je 1 000 Lebendgeborene	5,8	...	p 4,5	p 6,6	p 5,6
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 129	...	p- 372	p- 179	p- 467
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 0,6	...	p- 1,6	p- 0,9	p- 2,1
Wanderungen										
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	12 395	...	11 166	10 659	12 415
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 679	...	9 179	10 558	9 727
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 715	...	+ 1 987	+ 101	+ 2 688
Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	10 160	...	10 458	9 688	12 380
Wanderungsfälle	Anzahl	32 234	...	30 803	30 905	34 522
Arbeitslage										
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	81	89	99	99	94	105	114	114	109
darunter Männer	1 000	46	51	57	57	54	61	66	67	65
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	10,3	16,2	18,1	21,6	19	11,9	14,4	14	14
darunter Männer	1 000	8,5	13,7	15,0	18,3	16	9,9	11,8	12	12
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	12,5	9,1	10,0	11,4	13	7,2	10,2	12	12
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 435 ^a	1 424 ^a	.	.	.	1 424	.	.	.
darunter Milchkühe										
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	440 ^a	431 ^a	.	.	.	431	.	.	.
Schweine	1 000	1 397 ^a	1 378 ^a	.	.	.	1 378	.	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	140 ^a	130 ^a	.	.	.	130	.	.	.
darunter trächtig	1 000	98 ^a	89 ^a	.	.	.	89	.	.	.
Schlachtungen²										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	46	...	37	35	38	32	31	27	32
Kälber	1 000 St.	1	...	0	0	1	2	2	2	1
Schweine	1 000 St.	154	...	161	148	173	144	159	145	160
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	...	1	1	1	1	1	1	1
Schlachtmenge³ aus gewerblichen Schlachtungen²										
(ohne Geflügel)	1 000 t	27,9	...	26,2	24,1	27,3	23,2	24,6	21,7	24,7
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	13,9	...	11,4	10,6	11,6	9,7	9,6	8,2	9,8
Kälber	1 000 t	0,1	...	0,1	0,1	0,1	0,3	0,3	0,2	0,1
Schweine	1 000 t	13,7	...	14,5	13,3	15,4	13,0	14,5	13,1	14,5
Durchschnittliches Schlachtgewicht für²										
Rinder (ohne Kälber)	kg	307	...	309	308	308	309	309	310	313
Kälber	kg	127	...	123	125	127	127	126	127	129
Schweine	kg	89	...	91	91	90	90	92	91	91
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁴										
	für Legehennenküken	1 000	101	89
	für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-
Geflügelfleisch ⁵	1 000 kg	60	58
Milcherzeugung										
	1 000 t	191	193	r 191	173	197	191	191	175	209
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	r 97	95	93	95	97	96	95
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,0	14,5	r 14,2	14,1	14,6	14,0	14,3	14,5	15,6

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere

³ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

⁴ in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

⁵ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a Dezember

		1992	1993	1992/93			1993/94			
		Monatsumme	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	180	171	175	174	173	167	164	163	163
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	119	111	114	113	112	107	105	105	104
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 983	14 691	14 878	14 846	16 001	13 772	14 026	13 729	14 901
Lohnsumme	Mill. DM	442,4	422,7	399,8	374,8	395,3	439,4	385,3	362,6	385,5
Gehaltssumme	Mill. DM	354,0	360,6	349,9	328,3	339,0	385,2	340,6	333,5	346,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 299	2 308	2 144	2 126	2 368	2 932	2 045	2 009	2 882
aus dem Inland	Mill. DM	1 652	1 573	1 505	1 541	1 732	1 620	1 435	1 370	2 003
aus dem Ausland	Mill. DM	646	735	639	585	635	1 312	610	639	879
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 102	3 943	3 545	3 576	4 109	4 490	3 495	3 635	4 202
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 233	3 117	2 909	2 726	3 201	3 640	2 782	2 613	3 306
Auslandsumsatz	Mill. DM	869	826	636	850	907	850	713	1 022	896
Kohleverbrauch ²	1 000 t SKE	15	16
Gasverbrauch ³	Mill. m ³	41,4	43,0
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴	1 000 t	74	77
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7
schweres Heizöl	1 000 t	67	70
Stromverbrauch ⁵	Mill. kWh	311	311	299	302	321	300	319	303	326
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	36	36	31	33	42	39	37	37
Index der Nettoproduktion für Betriebe im Produzierenden Gewerbe ⁶	1985 = 100	130,0	124,6	119,2	114,2	133,2	127,5
Öffentliche Energieversorgung⁷										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 264	1 743	2 407	2 159	2 268	1 537	1 563	1 133	1 568
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 023	1 028	1 125	1 054	1 114	1 166	1 146	1 083	1 126
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
Handwerk (Meßzahlen)⁸						1. Vj. 92	4. Vj. 92			1. Vj. 93
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1976 = 100	113,6	114,3	.	.	110,4	112,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	228,1	222,1	.	.	183,8	247,6
Bauhauptgewerbe⁸										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	44 424	45 420	43 181	43 279	45 230	45 750	44 991	44 713	45 196
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 796	4 739	3 185	3 722	4 932	3 447	3 944	3 162	4 956
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	1 971	2 059	1 377	1 573	2 049	1 622	1 905	1 500	2 386
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 315	1 251	948	1 031	1 391	909	1 048	834	1 234
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 432	1 343	812	1 022	1 395	886	956	798	1 285
Lohnsumme	Mill. DM	133,4	139,1	98,4	92,9	130,3	125,1	119,6	88,5	139,7
Gehaltssumme	Mill. DM	28,5	31,5	26,7	26,9	27,5	31,6	28,0	28,5	28,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	544,4	558,1	267,8	359,0	470,0	656,5	356,1	351,6	500,1
Auftragseingang ⁹	Mill. DM	322,4	341,6	314,7	256,3	413,2	314,7	334,2	252,7	464,1
Ausbaugewerbe⁹										
Beschäftigte	Anzahl	9 477	9 906	9 651	10 109	9 492	10 297	10 109	10 020	10 044
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 107	1 136	1 023	1 102	1 168	1 132	1 102	1 062	1 206
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	32,2	85,2	30,5	34,3	32,5	38,3	34,3	32,9	36,1
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	104,4	106,9	61,7	68,7	90,4	182,3	68,7	77,4	112,7

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1

² 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ)

³ 1 000 m³ Gas H₂ = 35,169 MJ/m³ = 1,2 t SKE

⁴ 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE

⁵ 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE

⁶ ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

⁷ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁸ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁹ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1992	1993	1993			1993/94			
		Monatsdurchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	606	725	485	548	779	804	548	769	...
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	482	570	383	440	653	618	422	606	...
2 Wohnungen	Anzahl	66	78	32	63	67	91	56	97	...
Rauminhalt	1 000 m³	565	731	505	525	734	802	527	779	...
Wohnfläche	1 000 m²	103	135	94	97	135	154	97	144	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	108	103	86	70	105	109	68	101	...
Rauminhalt	1 000 m³	541	624	492	394	536	613	1 425	372	...
Nutzfläche	1 000 m²	91	93	64	62	84	87	84	66	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 395	1 838	1 273	1 305	1 848	2 433	1 298	1 968	...
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1096,3	...	902,4	970,4	931,8
davon Güter der										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	173,9	...	134,7	152,9	134,7
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	922,5	...	767,8	817,5	797,1
davon										
Rohstoffe	Mill. DM	16,4	...	17,1	20,0	17,7
Halbwaren	Mill. DM	56,2	...	49,0	48,4	61,1
Fertigwaren	Mill. DM	849,9	...	701,7	749,2	718,3
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. DM	106,7	...	92,7	112,2	111,9
Enderzeugnisse	Mill. DM	743,3	...	608,9	637,0	606,4
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG-Länder	Mill. DM	514,6	...	410,9	404,4	467,6
darunter Niederlande	Mill. DM	102,7	...	71,2	94,8	98,5
Frankreich	Mill. DM	83,5	...	74,3	60,7	74,9
Dänemark	Mill. DM	82,9	...	57,4	58,5	75,9
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	77,2	...	63,0	63,6	74,3
Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	142,9	141,9	115,3	122,4	144,2	175,0	119,9	120,5	...
Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	126,9	126,3	80,6	79,9	98,4	104,8	83,2	80,3	...
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
Ankünfte	1 000	344	330	127	166	238	167	127	157	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	41	29	11	17	21	19	11	14	...
Übernachtungen	1 000	1 843	1 832	566	663	1 007	645	576	661	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	82	61	29	47	50	45	28	36	...
VERKEHR										
Schifffahrt¹										
Güterempfang	1 000 t	1 685	...	1 672	1 581	1 854
Güterversand	1 000 t	924	...	894	834	1 068
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	139
Güterversand	1 000 t	152
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge²										
darunter Krafträder	Anzahl	471	550	132	377	1 310	74	214	335	...
Personenkraftwagen ³	Anzahl	10 444	8 355	7 412	7 772	10 845	7 495	8 470	7 882	...
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	662	539	451	516	643	576	427	489	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 369	1 294	1 061	952	1 048	1 372	r 1 166	p 842	p 1 104
Getötete Personen	Anzahl	27	25	23	18	20	21	r 39	p 13	p 25
Verletzte Personen	Anzahl	1 776	1 694	1 367	1 211	1 357	1 846	r 1 506	p 1 082	p 1 448

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

		1992	1993	1993			1993/94			
		Monatsdurchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
GELD UND KREDIT										
Insolvenzen										
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte, ohne Anschlusskonkurse)	Anzahl	46	54	40	62	46	67	61	72	65
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	1	-	-	-	-
Kredite und Einlagen¹										
4-Monatsdurchschnitt²										
Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	95 576	104 520	98 119	-	100 286	109 461	-	-	...
darunter										
Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	93 983	102 724	96 503	-	98 547	107 678	-	-	...
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	12 505	13 313	12 417	-	13 078	13 517	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	12 182	12 289	12 064	-	12 434	12 133	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	323	1 024	353	-	644	1 384	-	-	...
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 153	6 603	6 482	-	6 622	6 511	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 034	5 385	5 324	-	5 446	5 256	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 119	1 218	1 158	-	1 176	1 255	-	-	...
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	75 324	82 058	77 604	-	78 847	87 650	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	55 074	60 871	56 750	-	57 818	64 734	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	20 250	21 937	20 854	-	21 029	22 916	-	-	...
Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	68 591	73 802	71 613	-	70 900	78 716	-	-	...
Sichteinlagen und Termingelder von inländischen Nichtbanken										
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	49 091	52 100	51 457	-	49 975	55 610	-	-	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	43 453	46 284	45 612	-	44 366	49 446	-	-	...
Spareinlagen	Mill. DM	5 638	5 816	5 845	-	5 609	6 164	-	-	...
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 500	20 695	20 156	-	19 969	22 009	-	-	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	19 221	20 381	19 870	-	19 659	21 678	-	-	...
	Mill. DM	279	314	286	-	310	331	-	-	...
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
		Vierteljahresdurchschnitt				1. Vj. 93	4. Vj. 93			1. Vj. 94
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	3 912	4 226	-	-	3 996	4 787	-	-	...
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 678	2 850	-	-	2 569	3 323	-	-	...
Lohnsteuer ⁴	Mill. DM	1 949	2 033	-	-	1 842	2 431	-	-	...
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	409	419	-	-	393	457	-	-	...
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	57	61	-	-	54	69	-	-	...
Körperschaftsteuer ⁴	Mill. DM	263	294	-	-	280	321	-	-	...
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 234	1 376	-	-	1 427	1 464	-	-	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	856	1 209	-	-	1 218	1 299	-	-	...
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	378	167	-	-	209	165	-	-	...
Bundessteuern	Mill. DM	58	42	-	-	79	33	-	-	...
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	29	11	-	-	7	17	-	-	...
Landessteuern	Mill. DM	270	286	-	-	301	272	-	-	...
Vermögensteuer	Mill. DM	44	52	-	-	47	54	-	-	...
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	123	124	-	-	135	109	-	-	...
Biersteuer	Mill. DM	8	7	-	-	6	7	-	-	...
Gemeindesteuern	Mill. DM	...	412	-	-	381	415	-	-	...
Grundsteuer A	Mill. DM	...	8	-	-	8	7	-	-	...
Grundsteuer B	Mill. DM	...	91	-	-	84	83	-	-	...
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	309	295	-	-	275	308	-	-	...
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 980	2 080	-	-	2 002	2 327	-	-	...
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 095	1 159	-	-	1 024	1 363	-	-	...
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	802	867	-	-	899	922	-	-	...
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	25	11	-	-	1	9	-	-	...
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	2 088	2 199	-	-	2 091	2 409	-	-	...
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 247	1 341	-	-	1 236	1 528	-	-	...
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	541	552	-	-	552	565	-	-	...
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	30	20	-	-	1	45	-	-	...
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	...	789	-	-	374	1 232	-	-	...
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵	Mill. DM	...	263	-	-	271	242	-	-	...
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	389	410	-	-	4	883	-	-	...

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1988 einschließlich Raiffeisenbanken

² einschließlich durchlaufender Kredite

³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember

⁴ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

⁵ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1992	1993	1993			1993/94			
	Monatsdurchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet* 1985 = 100									
Einfuhrpreise ¹	80,1	78,5	79,0	79,1	79,0	78,0	78,7	78,8	...
Ausfuhrpreise ¹	104,5	104,8	104,4	104,5	104,6	104,9	105,3	105,5	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ¹	89,9	88,1	88,7	88,6	88,5	87,5	88,0
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ¹ 1991 = 100	101,4	101,4	101,5	101,4	101,4	101,1	101,5	101,6	...
landwirtschaftlicher Produkte ¹	91,9	...	86,4	87,0	88,3	p 85,7	p 84,4
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	131,3	137,2	.	135,4	.	.	.	138,6	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ¹	100,8	...	99,7	100,5	101,2	98,9	100,2
Einzelhandelspreise	109,8	112,1	111,3	111,7	111,9	112,5	112,8	113,1	113,1
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	115,1	119,9	118,1	118,6	119,0	121,1	122,2	122,6	122,8
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	112,1	114,4	113,4	114,0	114,2	114,5	114,8	115,5	115,6
Bekleidung, Schuhe	113,3	116,4	115,1	115,4	115,9	117,4	117,5	117,6	117,8
Wohnungsmieten	123,8	131,1	128,1	128,7	129,5	133,7	134,3	135,0	135,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	89,8	91,0	91,0	90,9	91,3	91,2	91,5	91,3	91,2
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	114,4	118,0	116,3	116,9	117,2	119,1	119,4	119,7	119,9
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau mit Handwerk									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	899	930	868	.	.	.	917	.	.
darunter Facharbeiter	948	976	913	.	.	.	958	.	.
weibliche Arbeiter	640	665	648	.	.	.	673	.	.
darunter Hilfsarbeiter	610	633	616	.	.	.	638	.	.
Bruttostundenverdienst									
männliche Arbeiter	22,93	24,15	23,58	.	.	.	24,49	.	.
darunter Facharbeiter	24,31	25,51	24,93	.	.	.	25,89	.	.
weibliche Arbeiter	16,74	17,70	17,15	.	.	.	17,88	.	.
darunter Hilfsarbeiter	15,88	16,71	16,22	.	.	.	16,85	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	39,2	38,3	36,8	.	.	.	37,4	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	38,2	37,6	37,8	.	.	.	37,6	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau mit Handwerk									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	5 577	5 822	5 722	.	.	.	5 961	.	.
weiblich	3 867	4 024	3 965	.	.	.	4 071	.	.
Technische Angestellte									
männlich	5 712	5 967	5 799	.	.	.	6 013	.	.
weiblich	3 854	4 049	3 956	.	.	.	4 087	.	.
in Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 475	4 735	4 645	.	.	.	4 837	.	.
weiblich	3 132	3 338	3 262	.	.	.	3 404	.	.
Technische Angestellte									
männlich	3 946	4 167	4 067	.	.	.	4 232	.	.
weiblich	3 094	3 242	3 164	.	.	.	3 234	.	.
in Industrie ² , Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 808	5 071	4 982	.	.	.	5 183	.	.
weiblich	3 330	3 533	3 467	.	.	.	3 591	.	.
Technische Angestellte									
männlich	5 453	5 724	5 566	.	.	.	5 773	.	.
weiblich	3 725	3 925	3 832	.	.	.	3 944	.	.

¹ ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

² einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

³ Die Zahlen ab Januar 1992 (neuer Berichtskreis) sind mit den davorliegenden Ergebnissen nicht voll vergleichbar

Hinweis: * Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30.09.1993			Bevölkerungsveränderung im Sept. 1993			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im März 1994 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres-Monat ¹						
		in %							
FLENSBURG	87 679	+ 0,1	+ 0,0	8	116	124	29	-	36
KIEL	248 991	- 0,1	+ 0,2	1	- 153	- 152	117	1	163
LÜBECK	217 299	- 0,0	- 0,0	- 48	- 24	- 72	74	-	93
NEUMÜNSTER	81 970	+ 0,0	+ 0,3	1	38	39	30	-	51
Dithmarschen	132 009	+ 0,1	+ 0,6	1	184	185	58	4	73
Hzgt. Lauenburg	166 298	+ 0,1	+ 1,4	- 20	211	191	67	2	85
Nordfriesland	156 546	+ 0,0	+ 0,9	- 6	33	27	57	3	80
Ostholstein	195 108	+ 0,1	+ 10,1	- 8	185	177	65	3	82
Pinneberg	278 234	+ 0,1	+ 1,0	- 1	242	241	106	-	126
Plön	123 315	- 0,2	+ 0,1	7	- 243	- 236	55	4	68
Rendsburg-Eckernförde	253 459	+ 0,1	+ 0,9	14	172	186	112	-	149
Schleswig-Flensburg	184 387	+ 0,0	+ 1,0	55	82	137	76	2	98
Segeberg	230 145	+ 0,1	+ 1,3	48	264	312	116	3	156
Steinburg	131 543	- 0,1	- 0,1	- 2	- 129	- 131	47	1	74
Stormarn	204 100	+ 0,1	+ 0,7	- 11	157	146	95	2	114
Schleswig-Holstein	2 691 083	+ 0,0	+ 0,7	39	1 135	1 174	1 104	25	1 448

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.01.1994		
	Betriebe am 31.03.1994	Beschäftigte am 31.03.1994	Umsatz ⁴ im März 1994 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLENSBURG	67	8 844	275	42 721	37 727	430
KIEL	131	18 957	455	118 904	105 349	423
LÜBECK	128	17 749	379	104 994	92 927	428
NEUMÜNSTER	69	8 514	142	44 686	39 275	479
Dithmarschen	71	6 867	352	83 088	67 705	513
Hzgt. Lauenburg	113	7 942	137	101 554	87 618	527
Nordfriesland	58	3 110	74	99 789	81 609	521
Ostholstein	89	6 629	173	113 958	97 644	500
Pinneberg	204	19 109	484	162 359	140 814	506
Plön	48	2 956	63	72 463	61 279	497
Rendsburg-Eckernförde	125	9 023	220	154 868	129 920	513
Schleswig-Flensburg	74	4 971	155	115 376	93 965	510
Segeberg	206	19 438	515	155 482	132 737	577
Steinburg	82	8 692	247	81 609	67 328	512
Stormarn	177	20 221	530	130 260	113 761	557
Schleswig-Holstein	1 642	163 022	4 202	1 582 111	1 349 658	502

¹ nach dem Gebietsstand vom 30.09.1993

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: 30.09.1993

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Erweiterte Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31.12.1992 in km ²	Gemeinden am 31.12.1993	Landtagswahl am 05.04.1992					
			von den gültigen Stimmen entfielen in % auf					
			SPD	CDU	F.D.P	GRÜNE	SSW	DVU
FLENSBURG	56,44	1	43,9	26,1	3,5	3,5	17,5	4,6
KIEL	111,97	1	52,6	26,7	6,0	6,9	0,9	5,9
LÜBECK	214,16	1	47,4	30,1	4,8	6,7	-	9,2
NEUMÜNSTER	71,56	1	50,6	30,3	5,0	3,6	-	9,4
Dithmarschen	1 404,76	117	46,1	37,8	5,4	4,3	-	5,0
Hzgt. Lauenburg	1 263,00	133 ^a	42,6	35,5	5,9	5,8	-	7,9
Nordfriesland	2 049,40	137	44,1	36,6	5,3	3,7	6,6	3,0
Ostholstein	1 391,58	39	46,4	36,5	4,9	4,1	-	6,9
Pinneberg	662,19	49	46,3	32,6	6,8	5,4	0,2	7,4
Plön	1 082,41	86	47,1	35,7	6,1	4,7	-	5,5
Rendsburg-Eckernförde	2 185,72	166	45,9	35,4	6,0	4,0	2,5	5,3
Schleswig-Flensburg	2 071,64	136	43,4	36,1	4,0	3,2	9,0	3,7
Segeberg	1 344,31	95 ^b	44,8	35,7	6,3	4,6	-	7,1
Steinburg	1 056,25	114	45,8	35,4	4,9	6,2	-	6,3
Stormarn	766,28	55	45,0	35,3	6,3	5,5	-	6,4
Schleswig-Holstein	15 731,67	1 131 ^{a b}	45,2	33,8	5,6	4,9 ^c	1,9	6,3

KREISFREIE STADT Kreis	Schüler/-innen in allgemeinbildenden Schulen im September 1993				
	ins- gesamt	darunter in			
		Grund- und Hauptschulen	Sonderschulen ¹	Realschulen ²	Gymnasien ³
FLENSBURG	12 393	4 657	571	1 951	3 927
KIEL	24 802	9 789	1 372	3 238	6 845
LÜBECK	21 104	10 159	1 163	3 285	4 639
NEUMÜNSTER	10 217	4 311	467	1 312	2 413
Dithmarschen	15 597	8 004	646	3 208	3 193
Hzgt. Lauenburg	17 446	9 734	644	3 151	3 221
Nordfriesland	17 568	9 582	681	3 626	3 144
Ostholstein	20 064	10 258	872	4 151	4 482
Pinneberg	29 181	13 190	921	4 959	8 024
Plön	12 400	6 376	627	2 142	2 807
Rendsburg-Eckernförde	26 871	14 195	1 224	4 669	4 742
Schleswig-Flensburg	20 600	12 013	848	3 732	2 601
Segeberg	25 274	12 720	747	4 692	5 515
Steinburg	13 771	7 558	587	2 584	2 475
Stormarn	20 506	9 466	603	3 258	5 532
Schleswig-Holstein	287 794 ^d	142 012	11 973	49 958	63 560

¹ einschließlich Sonderschulklassen an Grund- und Hauptschulen

² ohne Abendrealschulen

³ ohne Abendgymnasien und Institute zur Erlangung der Hochschulreife

^a einschließlich Forstgutsbezirk Sachsenwald

^b einschließlich Forstgutsbezirk Buchholz

^c ungerundete Zahl

^d darunter Schüler in vorschulischen Einrichtungen 8 175,
integrierten Gesamtschulen 7 287, Abendschulen 972,
nicht schulartbezogene Schulform 144,
Freie Waldorfschule 3 713

Erweiterte Kreiszahlen
Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT	Gewerbliche Schlachtungen 1993 (In- und Ausländertiere)					Milcherzeugung 1993		Jahres- milch- leistung 1993 in kg je Kuh	
	Kreis	Rinder zusammen	Schweine	Kälber	Schafe	Pferde	1 000 t		darunter an Molkereien und Händler geliefert in %
		Anzahl							
FLensburg	37 629	-	379	-	-	a	a	.	
KIEL	54 638	17 422	175	456	21	b	b	.	
LÜBECK	688	439 270	18	248	68	c	c	.	
NEUMÜNSTER	604	7 367	1	97	-	b	b	.	
Dithmarschen	5 054	8 133	7	22 097	125	199	94,5	.	
Hzgt. Lauenburg	2 208	20 994	5	8 931	159	74	95,3	.	
Nordfriesland	80 653	165 345	814	69 273	58	406	95,4	.	
Ostholstein	5 036	39 255	27	2 745	87	91	95,6	.	
Pinneberg	13 319	44 091	12	645	140	91	94,6	.	
Plön	985	9 044	-	1 638	5	144	95,7	.	
Rendsburg-Eckernförde	5 647	303 227	107	2 150	61	382	94,9	.	
Schleswig-Flensburg	24 282	418 697	5 809	4 186	159	427	95,1	.	
Segeberg	139 330	23 089	9 891	3 305	458	190	95,5	.	
Steinburg	49 974	370 290	11	3 424	39	235	94,8	.	
Stormarn	7 173	26 404	72	12 871	64	75	95,4	.	
Schleswig-Holstein	427 220	1 892 628	17 328	132 066	1 444	2 312	95,1	5 306	

KREISFREIE STADT	Betriebsgrößenstruktur der Landwirtschaft einschließlich Gartenbau 1993							Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe ¹ am 30.09.1993	
	landwirtschaftliche Betriebe (HPR) mit 1 und mehr ha landw. genutzter Fläche (LF)								
	Kreis	ins- gesamt	davon mit ... bis unter ... ha LF						Anzahl
		1 - 5	5 - 10	10 - 20	20 - 30	30 - 50	50 und mehr		
FLensburg	25	8	----- 8 -----		----- 9 -----			9 502	108
KIEL	73	35	----- 13 -----		----- 25 -----			21 196	85
LÜBECK	188	80	21	10	12	17	48	19 499	90
NEUMÜNSTER	75	24	6	8	6	11	20	9 484	116
Dithmarschen	2 678	589	260	234	236	450	909	7 572	57
Hzgt. Lauenburg	1 510	403	100	135	90	227	555	8 906	54
Nordfriesland	3 829	761	329	391	349	763	1 236	3 571	23
Ostholstein	1 689	405	118	135	118	224	689	7 218	37
Pinneberg	1 620	489	259	243	128	259	242	21 921	79
Plön	1 472	365	106	137	142	258	464	3 319	27
Rendsburg-Eckernförde	3 436	733	291	324	327	603	1 158	10 312	41
Schleswig-Flensburg	3 733	759	355	337	266	671	1 345	5 710	31
Segeberg	2 241	598	198	212	201	384	648	21 471	93
Steinburg	1 935	376	153	172	167	443	624	9 623	73
Stormarn	1 226	340	132	117	102	159	376	22 034	108
Schleswig-Holstein	25 730	5 965	2 339	2 461	2 148	4 482	8 335	181 338	67

¹ Industriebetriebe jeder Größe sowie Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

² Stand: 30.09.1993

a Angaben im Kreis Schleswig-Flensburg enthalten

b Angaben im Kreis Plön enthalten

c Angaben im Kreis Ostholstein enthalten

Erweiterte Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Landwirtschaftlich genutzte Fläche 1993				Straßenverkehrsunfälle 1993			
	insgesamt in ha	davon in %			Unfälle mit Personen- schaden	Verunglückte Personen	darunter	
		Ackerfläche	Dauergrünland	sonstige Fläche ¹			Getötete	Schwer- verletzte
FLensburg	907	81,3	18,1	0,6	374	431	4	80
KIEL	2 289	59,1	40,2	0,6	1 467	1 829	4	246
LÜBECK	7 033	74,3	24,9	0,8	1 158	1 397	10	231
NEUMÜNSTER	2 637	53,4	45,5	1,1	485	600	8	82
Dithmarschen	107 415	42,5	57,3	0,2	776	1 080	29	243
Hzgt. Lauenburg	72 476	79,8	19,5	0,7	920	1 264	19	326
Nordfriesland	154 538	32,8	67,1	0,1	1 059	1 430	21	347
Ostholstein	97 143	84,3	15,1	0,6	1 158	1 549	22	374
Pinneberg	39 545	31,9	55,3	12,7	1 490	1 925	15	304
Plön	70 959	73,5	26,0	0,5	736	1 045	13	220
Rendsburg-Eckernförde	149 984	51,7	47,7	0,6	1 584	2 081	34	432
Schleswig-Flensburg	152 627	52,6	47,1	0,3	948	1 365	34	288
Segeberg	84 655	59,6	39,8	0,6	1 518	2 103	36	309
Steinburg	72 910	36,1	63,0	0,9	714	932	12	179
Stormarn	50 782	74,4	25,0	0,6	1 141	1 590	35	299
Schleswig-Holstein	1 065 900	54,6	44,5	0,9	15 528	20 621	296	3 960

KREISFREIE STADT Kreis	Fertiggestellte Wohnungen ² 1993						Fertig- gestellte Wohnräume ² 1993 insgesamt mit 6 oder mehr m ² einschl. Küchen	Bauüberhang am 31.12.1993	
	insgesamt	darunter in Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen ³	von den Wohnungen insgesamt hatten ... Wohnräume mit 6 oder mehr m ² einschl. Küchen					darunter	
			1 und 2	3	4	5 und mehr		im Bau ⁴	noch nicht begonnen
FLensburg	393	78	143	54	131	65	1 232	278	114
KIEL	868	194	131	208	224	305	3 530	870	263
LÜBECK	743	157	347	45	143	208	2 467	736	614
NEUMÜNSTER	299	116	12	60	104	123	1 321	538	356
Dithmarschen	716	429	81	117	151	367	3 289	568	292
Hzgt. Lauenburg	1 136	680	71	297	271	497	4 911	761	376
Nordfriesland	1 217	558	200	279	285	453	5 003	793	546
Ostholstein	832	367	183	189	108	352	3 368	772	942
Pinneberg	2 074	1 039	326	355	456	937	8 675	2 118	799
Plön	612	257	119	87	170	236	2 502	608	289
Rendsburg-Eckernförde	1 375	773	227	246	288	614	5 888	803	519
Schleswig-Flensburg	1 007	626	67	179	209	552	4 651	499	425
Segeberg	2 129	915	295	529	499	806	8 767	1 687	986
Steinburg	791	437	76	96	206	413	3 577	615	258
Stormarn	1 334	642	92	221	360	661	6 047	1 636	609
Schleswig-Holstein	15 526	7 268	2 370	2 962	3 605	6 589	65 235	13 282	7 388

¹ Baumschulflächen, Obstanlagen, Korbweidenanlagen, Weihnachtsbaumkulturen, Haus- und Nutzgärten der Betriebe

² in Wohn- und Nichtwohngebäuden

³ Errichtung neuer Gebäude

⁴ unter Dach und noch nicht unter Dach

Erweiterte Kreiszahlen
Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe 1993 ¹								
	Betriebe	Beschäftigte			geleistete Arbeiterstunden in 1 000	Löhne und Gehälter (brutto)		Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	
		ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter Löhne	ins- gesamt	darunter Auslandsumsatz
			Angestellte ²	Arbeiter					
Monatsdurchschnitt					1 000 DM				
FLENSBURG	73	9 219	2 720	6 499	10 465	474 879	294 515	2 941 415	783 119
KIEL	130	20 275	8 578	11 697	17 817	1 180 526	530 823	4 912 096	1 802 166
LÜBECK	137	19 101	6 638	12 463	21 025	1 032 104	567 638	4 826 418	1 140 967
NEUMÜNSTER	74	9 095	2 619	6 476	9 856	472 178	293 354	1 372 002	444 718
Dithmarschen	76	7 164	2 151	5 013	8 545	438 545	269 247	3 919 637	977 848
Hzgt. Lauenburg	110	8 196	2 545	5 651	8 796	414 947	246 441	1 682 162	351 997
Nordfriesland	56	3 215	1 023	2 192	3 392	145 239	89 227	1 056 900	115 769
Ostholstein	89	6 726	2 483	4 243	7 097	322 377	162 614	1 903 338	278 452
Pinneberg	212	20 487	8 897	11 590	17 887	1 178 334	508 494	5 796 686	1 088 984
Plön	47	3 074	844	2 230	3 630	154 029	96 573	660 841	104 211
Rendsburg-Eckernförde	135	9 506	2 681	6 825	10 881	474 128	291 297	2 248 562	372 540
Schleswig-Flensburg	79	5 226	1 096	4 130	6 800	228 396	167 626	1 573 044	89 990
Segeberg	205	20 047	7 175	12 872	20 410	1 118 747	603 285	5 631 721	1 085 276
Steinburg	84	9 104	2 599	6 505	10 083	526 208	325 674	2 753 818	435 967
Stormarn	181	20 645	8 359	12 286	19 606	1 238 779	625 301	6 036 214	838 694
Schleswig-Holstein	1 689	171 088	60 402	110 686	176 287	9 399 422	5 072 108	47 314 855	9 910 698

KREISFREIE STADT Kreis	Noch: Verarbeitendes Gewerbe 1993 ¹					Fertiggestellte Wohngebäude 1993	
	Kohle- verbrauch in t SKE ³	Heizölverbrauch		Gas- verbrauch ⁴ in 1 000 m ³	Strom- verbrauch in 1 000 kWh	insgesamt	darunter Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen
		insgesamt	darunter mittelschwer, schwer				
FLENSBURG	-	6 322	4 250	21 011	200 616	93	75
KIEL	-	9 676	.	12 971	174 611	243	190
LÜBECK	-	13 764	5 039	64 629	252 707	176	146
NEUMÜNSTER	-	.	.	22 150	212 684	120	110
Dithmarschen	-	182 556	177 264	120 280	739 910	397	374
Hzgt. Lauenburg	-	12 248	.	11 304	107 207	619	589
Nordfriesland	-	2 436	.	1 802	42 557	513	440
Ostholstein	-	1 650	.	22 865	76 174	365	331
Pinneberg	-	24 885	16 133	73 430	339 022	1 026	949
Plön	-	3 747	16	2 909	45 910	254	229
Rendsburg-Eckernförde	-	7 196	.	25 202	146 975	729	685
Schleswig-Flensburg	-	26 201	20 107	17 472	138 049	604	574
Segeberg	-	7 604	2 522	54 784	284 271	923	833
Steinburg	-	.	.	39 004	732 001	421	396
Stormarn	-	11 379	.	26 710	245 016	611	562
Schleswig-Holstein	189 459	919 751	835 645	516 522	3 737 711	7 094	6 483

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

² einschließlich tätiger Inhaber

³ 1 t Steinkohle \approx 1 t SKE (29 308 MJ)

⁴ umgerechnet auf einen Heizwert von 35,169 MJ/m³

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 30.06.1993		Arbeitslos Ende März 1994			Kurz- arbeiter Mitte März 1994	offene Stellen Ende März 1994	Be- schäftigte am 31.12.1993	Umsatz ³ im Dez. 1993	
	in 1 000	Veränderung ¹	in 1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				in 1 000	in 1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 201	+ 1,2	338,1	27,5	7,6	113,1	38,7	1 342	30 725	30
Bayern	11 818	+ 1,3	390,1	17,4	7,7	75,1	57,1	1 299	29 120	32
Berlin	3 471	+ 0,5	215,5	3,5	...	10,9	10,6	183	6 084	14
Brandenburg	2 547	+ 0,8	196,7	10,2	16,9	24,5	6,5	112	1 476	6
Bremen	684	- 0,0	41,1	15,9	14,1	8,4	1,5	76	2 927	43
Hamburg	1 702	+ 1,6	71,1	15,7	9,8	11,0	3,6	123	8 815	13
Hessen	5 951	+ 1,3	212,7	24,0	8,4	43,7	15,2	576	12 088	28
Mecklenburg-Vorpommern	1 852	- 1,7	161,2	3,4	19,1	11,9	4,3	50	873	20
Niedersachsen	7 615	+ 1,2	354,6	19,0	11,1	45,1	35,5	610	16 198	26
Nordrhein-Westfalen	17 722	+ 0,8	803,0	17,3	10,9	108,8	55,2	1 779	40 823	26
Rheinland-Pfalz	3 904	+ 1,3	138,0	21,0	8,7	27,4	20,4	346	8 645	36
Saarland	1 085	+ 0,5	53,0	17,3	12,5	13,6	2,6	119	2 243	28
Sachsen	4 624	- 0,8	355,4	14,8	17,3	39,7	14,2	229	2 874	15
Sachsen-Anhalt	2 789	- 0,7	249,3	13,4	19,5	28,6	7,6	147	2 116	13
Schleswig-Holstein	2 685	+ 0,9	108,9	15,9	9,6	13,6	11,7	167	4 490	19
Thüringen	2 537	- 0,5	211,7	11,2	18,3	26,9	6,3	121	1 578	12
Bundesrepublik Deutschland	81 187	+ 0,8	3 900,4	15,9	...	602,6	291,0	7 279	171 075	27
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	65 539	+ 1,1	2 640,0	18,7	9,5	466,7	247,5	6 580	161 496	28
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 648	- 0,5	1 260,4	10,5	17,7	135,8	43,5	698	9 579	14

Bundesland	Bauhauptgewerbe			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im Dez. 1993		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im Jan. 1994				
	Beschäftigte am 31.12.1993	Baugewerblicher Umsatz ³ im Dez. 1993			Zahl der genehmigten Wohnungen im Dez. 1993	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte	
		in 1 000	Mill. DM	Ver- änderung ¹				Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹
	%			%							
Baden-Württemberg	177	2 767	- 23,0	8 589	595 287	2 143 644	- 6,1	2 593	- 4,7	3 669	141
Bayern	253	4 216	- 11,3	9 342	1 154 962	3 889 307	- 6,3	3 944	+ 1,8	5 648	143
Berlin	64	1 344	- 16,4	p 1 881	173 081	392 070	- 3,0	990	+ 2,3	1 240	125
Brandenburg	58	944	- 7,4	p 4 046	81 918	229 349	+ 28,7	1 150	+ 14,4	1 543	134
Bremen	10	204	- 25,6	412	33 514	63 067	- 10,5	275	+ 26,7	317	115
Hamburg	22	736	+ 37,8	p 1 212	142 655	253 037	- 0,7	762	+ 21,1	1 010	133
Hessen	92	1 516	- 17,4	4 004	478 878	1 649 837	- 2,1	1 936	+ 1,8	2 655	137
Mecklenburg-Vorpommern	48	685	- 20,1	p 1 318	91 961	282 441	+ 10,7	792	+ 23,9	1 030	130
Niedersachsen	12	1 963	- 13,4	5 411	428 255	1 385 184	- 4,0	2 984	+ 2,5	4 011	134
Nordrhein-Westfalen	24	3 924	- 11,5	11 092	734 105	2 184 530	- 4,6	5 608	+ 7,4	7 279	130
Rheinland-Pfalz	59	926	- 20,3	3 157	246 496	856 291	- 15,1	1 241	+ 10,4	1 726	139
Saarland	16	236	- 26,5	674	36 528	133 863	+ 5,2	361	- 6,2	530	147
Sachsen	102	1 402	+ 12,5	p 4 221	162 362	472 034	+ 10,8	1 310	+ 1,9	1 755	134
Sachsen-Anhalt	91	1 414	+ 18,2	p 2 857	82 134	236 670	+ 22,2	963	+ 11,5	1 282	133
Schleswig-Holstein	46	657	- 13,1	2 433	167 145	644 511	- 6,8	1 166	+ 9,9	1 545	133
Thüringen	65	995	+ 21,6	p 2 733	136 297	406 775	+ 18,3	771	+ 1,4	1 029	133
Bundesrepublik Deutschland	1 458	23 929	- 10,3	63 382	4 745 578	15 222 610	- 3,7	27 696	+ 4,9	37 384	135
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	1 075	18 159	- 14,1	47 559	4 146 964	13 489 081	- 5,7	22 290	+ 3,5	30 193	135
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	384	5 770	+ 4,4	15 823	598 614	1 733 529	+ 15,7	5 406	+ 11,1	7 191	133

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- △ = entspricht

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel